

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

35 (12.2.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-82560](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-82560)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochblatt, Damm Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.90 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.25 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pfg. Probenummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Frühere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Wochlagen: Wochensblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das Wochensblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Feiertage nicht befolgt.)

Im Falle von Abwesenheit des Herrn, Sperrung des Postens, Verspätung der Posten, ist die Redaktion nicht verantwortlich für die Nichterreichung der Zeitungen.

Nr. 35. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Ronto: Hannover 1908. Seite 1, Mittwoch, 12. Februar 1919. Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Vorelmann, Alsterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Annahme der Verfassung in Weimar.

e. Weimar, 10. Februar.

Vierte Sitzung vom 10. Februar.

In den Tagen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Roske, Dr. v. Krauß, Schiffer, Dr. Dreß, Dr. Seidemann, Siedig u. a. Präsident Dr. Ebert eröffnete die Sitzung um 3.15 Uhr mit folgender Mitteilung: Einige Mitglieder des Hauses haben mich gebeten, um den Willen der Nation über die Ereignisse, die anlässlich der Reichsversammlung, entgegenzutreten und Bezeugung zu schaffen, eine Mitteilung verlesen zu lassen. Die Mitteilung lautet: Die unterzeichneten Abgeordneten aus Leipzig erfahren heute, dass in Weimar und auch in den Kreisen der Abgeordneten der Nationalversammlung Gerüchte über einen Aufbruch in Leipzig verbreitet sind. Diese Gerüchte behaupten, daß in Leipzig Aufrührer herrsche, daß dort mit Maschinenwaffen geschossen werde und daß der Oberbürgermeister verhaftet sei. Die Unterzeichneten, die erst heute vormittag um 11 Uhr Leipzig verlassen haben, teilen mit, daß davon kein Wort wahr ist. Daß weder Aufrührer herrscht, noch geschossen wird, noch der Oberbürgermeister verhaftet ist. Tatsache ist, daß die Leipziger Schulleute und Gemeinderäte streiken, weil der Stadtrat eine Aufbesserung ihrer Löhne, die für einzelne Kategorien noch monatlich 100 Mk. betragen, ablehnt. Aus diesem Grunde ruht der Betrieb im Leipziger Rathaus.

Dr. Ebert und Genossen.

Weitere Rundgebungen und Adressen an die Nationalversammlung sind eingelaufen vom Deutschen Volksrat für Westpreußen in Danzig, der die deutsche Nationalversammlung bittet, dafür Sorge zu tragen, daß kein Stück ostpreussisches Land dem Vaterlande entzogen werde, ferner von dem ostpreussischen Provinzialrat der A- und S-Räte Ostpreußens, der sich hinter die Regierung stellt, ferner von den Delegierten aller Berufsstände, die sich geschlossen hinter die in Weimar tagende deutsche Volksversammlung stellen. Ferner erbat die deutsch-österreichische A- und S-Rat in Dresden zugleich namens der Berliner Deutsch-Österreicher, die bei der Vertiefung der Ostmarken mitwirken, der Vertiefung keine Gräbe. (Schließlich liegt ein Gruß des A- und S-Kongresses Westpreußens vor mit der Mahnung: Vergelt nicht Westpreußen und seine Polonois.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite und dritte Beratung des Entwurfs des Gesetzes über die vorkriegliche Reichsgewalt. Zur zweiten Beratung ist eine Reihe von Anträgen eingegangen, deren Durchlegung noch nicht erfolgt ist und die der Präsident deshalb zur Verlesung bringt. Es handelt sich um Anträge der Deutschen Nationalen Volkspartei und der U. S.

Wapereifer Gesandter Dr. v. Präger: Im Auftrage der Regierung von Vorpommern und ebenso von Württemberg und Baden habe ich zu erklären: Die genannten Regierungen gehen von der Voraussetzung aus, daß durch Annahme des vorliegenden Gesetzeswörterbuches Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorgenommen werden.

Volksbeauftragter Ebert: Anknüpfend an diese Erklärung möchte ich mitteilen, daß die Reichsregierung dieser Auffassung zustimmt. Das Gesetz hat in allen Teilen nur provisorischen Charakter und greift der endgültigen Regelung der Dinge nicht vor. (Beifall.)

Abg. Roese (Soz.): Der vorliegende Gesetzesentwurf ist vom Geiste der Demokratie getragen, enthält er in den §§ 2 und 4 Bestimmungen, gegen die wir erhebliche Bedenken haben. Bedenken die Notwendigkeit, den Gesetzesentwurf so schnell wie möglich zu verabschieden, zwingt uns, diese Bedenken zurückzuführen. Wir stimmen dem Entwurf zu, vermehren uns aber dagegen, daß durch unsere Stellung auf unsere Stellung in der U. S. volle Freiheit des Rücktritts.

Abg. v. Pappe (Demokr.): Wir wollen nicht heute die Grundlage schaffen, um morgen arbeiten und Politik machen zu können. Meine politischen Freunde werden geschlossen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Heim (Zentr. Volksp.): Nach den §§ 1 und 4 soll die deutsche Nationalversammlung eine Blankovollmacht zur Beschließung der künftigen Reichsverfassung erhalten. Die in dem

Entwurf vorhandene Ermächtigung geht sogar so weit, daß die Nationalversammlung die Verfassung einzelner oder aller Bundesstaaten und die Schöpfung der deutschen Einheitsrepublik möglich machen kann. (Zuruf bei den U. S.: Wozu haben wir sonst die Revolution gemacht.) Diesen Weg können die Mitglieder der bayerischen Volkspartei nicht mitmachen. Wir hegen aber die Hoffnung, daß es bei der Schöpfung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den berechtigten Wünschen unserer engeren Heimatlands Geltung zu verschaffen.

Abg. Dr. Wehrlich (Deutsch-natl.) erklärt trotz schwerwiegender Bedenken die Zustimmung seiner Freunde zum Entwurf und zieht die von seiner Partei gestellten Abänderungsvorschläge zurück.

Abg. Dr. Heinke (Soz. Vp.) erklärt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Entwurf.

Abg. Ehn-Nordhausen (U. S.) polemisiert scharf gegen die Reichsrechtssozialisten und verwirft den Entwurf.

Abg. Grober (Zentrum): Die Ausführungen des Vortragners geben mir keinen Anlaß zur Entgegnung. Für uns ist im Augenblick das Wichtigste, den Übergang von dem revolutionären Zustand zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. (Zuruf bei den Soz.: Reaktion!) Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Sie können auch nach den Erklärungen des Vertreters der süddeutschen Regierungen und des Vertreters der Reichsregierung zurückgestellt werden. Die Zentralrat wird in ihrer großen Mehrheit für die Vorlesung stimmen: dabei müssen wir uns selbstverständlich unsere Stellungnahme für die Einzelheiten der endgültigen Verfassung vorbehalten. Wir bekräftigen den vorliegenden Gesetzesentwurf als notwendige Vorbedingung für Frieden und Brot. (Beifall.)

Damit schließt die Vespree. Die einzelnen Paragraphen wurden sodann im wesentlichen unverändert, zum Teil gegen die Stimmen der U. S. und einer Minderheit des Zentrums, unter Ablehnung der von den U. S. gestellten Anträge angenommen.

Zu § 2 wurde ein Antrag eingebracht: „Der Staatsauschuss wird gewählt von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf einer aus dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht hervorgehenden Volksversammlung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.“

Zu § 10 wird folgender Antrag v. Pappe, Grober und Genossen hinzugefügt: Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen die Gesetze sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages bedürfen, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.

Sodann wurde sofort in die dritte Beratung eingetreten. In der Gesamtsitzung wurde der Entwurf gegen die Stimmen der U. S. und einer Minderheit anderer Abgeordneter mit Weisung angenommen.

Volksbeauftragter Scheidemann: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die reichsrechtliche Mission, die uns als vorläufige Regierung zu erteilen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, hiermit in ihre Hände. (Beifall.)

Auf Vorschlag des Abg. von Pappe, der einstimmig angenommen wurde, erklärte die Regierung, vorläufig im Amt bleiben zu wollen.

Nächste Sitzung: Dienstag 3 Uhr. Wahl des Reichspräsidenten. Schluß nach 6 Uhr.

Die Nationalversammlung gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen.

Weimar, 10. Febr. Auf gemeinschaftlichen Antrag aller Parteien erucht die Nationalversammlung, ein Spruch zu erlassen gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen durch die Feinde.

W. Weimar, 11. Febr. (Draht.) Der Nationalversammlung ist ein von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen, in dem die deutsche Nationalversammlung Einspruch gegen die Zurückhaltung von Zivilgefangenen erhebt und sich an das Gewissen der ganzen Welt wendet, sich mit ihr in der Forderung zu vereinigen, diese Gefangenen der Heimat wieder zu geben. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenzen den Gruß der ganzen Heimat.

Die Gefahr des Staatsbankrotts.

Ill. Weimar, 8. Febr. Heute hat eine Besprechung der hier anwesenden einflussreichsten Finanzminister in a. d. b. u. erklärt in seiner Ansprache u. a. die trüben Aussichten Deutschlands für die Zukunft und wies auch auf die Gefahr eines Staatsbankrotts hin. Er meinte, es läge noch darin, daß wir alle unter ganzem Einkommen dem Staate zur Verfügung stellen müßten und nur einen Teil zum eigenen Leben behalten.

Die Bildung eines neuen Heeres.

Ill. Weimar, 10. Febr. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über Bildung eines neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250 000 Mann betragen.

Die Ausschüsse in der Nationalversammlung.

Weimar, 9. Febr. In der Nationalversammlung sind sieben Ausschüsse gebildet worden: 1) Haushaltsausschuß (23 Mitglieder), 2) Wahlprüfungsausschuß (14 Mitglieder), 3) Geschäftsbildungsausschuß (21 Mitglieder), 4) Wirtschaftsausschuß (28 Mitglieder), 5) sozialer Ausschuß (28 Mitglieder), 6) Rechnungsausschuß (14 Mitglieder), 7) Petitionsausschuß (23 Mitglieder).

Wie wird die Regierung gebildet?

Ill. Berlin, 10. Febr. Wie der „Vorwärts“ aus Weimar erzählt, sind die Verhandlungen über die Bildung einer parlamentarischen Regierung und einer auf ihr beruhenden Regierung noch nicht zu Ende geführt, doch nähern sie sich ihrem Abschluß und werden vermutlich heute noch zum Ziel kommen. Nach den Ergebnissen scheint es sicher, daß die Sozialdemokratie — wenn nicht alle drei letzten Parteien — zum mindesten den des Reichspräsidenten und des Ministerpräsidenten beizugehören wird. Sollten sie, was nicht ganz sicher ist, den Posten des Präsidenten der Nationalversammlung abgeben, so ist hierfür eine Entschädigung anderer Art wahrhaftig.

Weimar, 10. Febr. Die Verhandlungen über die Bildung der Regierung sind auch jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen. Eine Einigung ist immer noch nicht erzielt. Die Bildung des neuen Kabinetts ist aber jetzt eilig geworden, weil der Staatssekretär Erberger erklärt hat, daß er die Verhandlungen in Trier in Sachen der Verlängerung des Waffenstillstandes nicht mehr weiter zu führen vermöchte, wenn er nicht eine geordnete Regierung hinter sich habe. Erberger reist morgen früh nach Trier ab. Die Fraktionen treten heute nachmittag erneut zusammen. Auch interfraktionelle Sitzungen mit Regierungsvertretern finden statt. Es ist bis jetzt noch nicht abzusehen, ob eine Einigung zustande kommen wird. Sie scheitern hauptsächlich an den außerordentlichen Forderungen der Sozialdemokraten, welche die 3 Präsidentenkandidaten stellen wollen. Man nimmt an, daß nicht vor Mittwoch die Neubildung der Regierung vollzogen sein wird.

Weimar, 10. Febr. Wenn auch die Verhandlungen zwischen den Parteien zur Stunde noch nicht definitiv abgeschlossen sind, so kann doch mit größter Bestimmtheit schon jetzt angenommen werden, daß Scheidemann den Posten des Ministerpräsidenten und Helfferich den des Präsidenten der Nationalversammlung erhalten wird. Die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten scheint ohne jeden Zweifel gesichert zu sein.

Katholiken aller Länder!

Die Münchener Kirchen- und Katholikenzettelung enthält an der Spitze der Nr. 6 einen Aufruf an die Katholiken der ganzen Welt, in welcher der Friedensbund deutscher Katholiken, dem die bekanntesten katholischen Pastoren und katholischen Völkervertreter angehören, die durch den Weltkrieg zerrissenen Bande der katholischen Solidarität neu zu knüpfen sucht. Der Aufruf lautet:

Den Katholiken der ganzen Erde heute unseren glaubensbrüderlichen Gruß. Fünf Jahre lang die Erde, lobten die Willen des Hades durch die Erde, triumphten die dunklen Mächte brutaler Gewalt und nackten Egoismus. Jenseits waren die Banden, die uns nach außen verriegelten, vorgelagert da und dort, daß wir Brüder eines Glaubens und Ehre eines Vaters sind. Wollen wir zurückgehen, heute, wo sich alles eint und zum internationalen Zusammenbruch ruft, die Freimaurer, Sozialisten, Protestanten und Mikrokatholiken sich zusammen schließen, wollen wir, die wir nach dem inneren Wesen zusammen-

gehören, abseits stehen in unschritt, Verblendung und Verleugnung der ersten Grundzüge unsres Glaubens?

Schon 1916 und 1917 haben wir zur Selbstbestimmung, Freude und Liebe gewandt, doch in der Brandung nationaler Leidenschaft ging der Ruf ungehört unter. Der Friedenspapst Benedikt hat uns den Weg gewiesen. Wollten wir doch heute seinem Ruf folgen! Fordert, was er noch in einem Rundschreiben am 1. Dezember 1918, in einem Rundschreiben anlässlich des bevorstehenden Friedenskongresses sagt:

„Da es sich um Bestrafung handelt, mit denen das Wohl der ganzen Menschheit innigst verknüpft ist, haben die Katholiken die hl. Beweienspflicht, für die Teilnehmer am Friedenskongresse den göttlichen Beistand zu erwirken. Diese Notwendigkeit müssen wir allen Katholiken in Erinnerung rufen, auf daß als Frucht des unmittelbar bevorstehenden Kongresses jenes unermeßliche Himmelsgeschenk eines wahren, auf die Grundlage der Gerechtigkeit gestützten Friedens hervorstehe. . . . Wir unterfertigen als Stellvertreter Jesu Christi, des Friedensfürsten, werden unseren ganzen Einfluß geltend machen, auf daß die Beschlüsse, die die Ruhe, Ordnung und Eintracht dauernd begründen sollen, überall von den Katholiken gerne angenommen und befolgt werden.“

Katholiken! Laßt die Stimme des Stellvertreters Christi nicht mehr die Stimme des Rufenden in der Wüste sein. — Hört die Worte der Berufung, wo und wann ihr nur immer könnt, in Wort und Schrift, in persönlichem Verkehr in Vereinen, Versammlungen und Kongressen. Dunkel liegt die Zukunft vor uns. Christus ist die einzige Rettung der Völker. Heraus mit dem einen neuen sieghaften Programm! Es kann kein anderes sein: Christus feiern, heute und in Ewigkeit, Christus als Heiland der heutigen Zeit mit allen ihren Widen. Christus als Führer der frohen, hochsinnigen der Völkerverständigung, der Klassenverbrüderung, der solidarischen Volkshilfe, der alles erneuernden sittlichen Kraft seines Geistes. Christus als Überwinder des düstlerhaften Machtglaubens, den der Weltkrieg so furchtbar gerichtet hat. Als Sieger über Mammonismus und über Kapitalismus, über Autoritarismus und Militarismus und wie alle die Feinde glücklichen Volkstums behen.

Über die Grenzpfähle der Länder und Staaten hinweg reichen wir heute die Hände im Sinne unseres Herrn und Meisters, Jesus Christus und seines Stellvertreters, des Papstes.

(Zusammenschließungen werden an die Geschäftsstelle des Friedensbundes der deutschen Katholiken in München 9 erbeten.)

Zur Lage im Reich.

Braunschweiger Bestrebungen auf Gründung einer Räte-republik.

Braunschweig, 10. Febr. Gestern hat hier eine Beratung der AER der nordwestdeutschen Armeekorps stattgefunden. Die Versammlung beschloß, zu einer Zusammenkunft der Räte der Armeekorps von ganz Deutschland in Braunschweig einzuladen. Ein Vertreter der Braunschweiger Regierung erklärte, sowohl hinsichtlich der Gründung einer nordwestdeutschen Republik wie der Zusammenkunft der Korpsvertreter lägen hier Sonderbestrebungen fern, es handle sich um gemeinsamen Kampf gegen das Wiederwachen des preussischen Militarismus. Der Braunschweiger Landtag dürfe heute vor die vollständigste Aufgabe der Gründung einer nordwestdeutschen Republik gestellt werden. Ein Streik der Beamten gegen die Regierung des A- und S-Rates ist für Stadt und Land Braunschweig angeklagt worden und demnächst zu erwarten.

Der Zentral-A- und S-Rat Hannover hat den Beschluß gefaßt, der Einladung der Braunschweiger Landesregierung und des AER Braunschweig zu einem Kongreß auf den 9. und 10. Februar nach Braunschweig zwecks Gründung einer Volksrepublik Nordwestdeutschland keine Folge zu leisten und empfiehlt auch den übrigen AER im Korpsbereich, den Kongreß nicht zu besuchen. Der Zentral-A- und S-Rat Hannover protestiert gegen die von der braunschweigen Landesregierung beabsichtigte Gründung einer Bundesrepublik Nordwestdeutschland, da die Schöpfung der einseitigen Freistaaten nur der Nationalversammlung vorbehalten sei.

Der Zentral-A- und S-Rat Hannover hat den Beschluß gefaßt, der Einladung der Braunschweiger Landesregierung und des AER Braunschweig zu einem Kongreß auf den 9. und 10. Februar nach Braunschweig zwecks Gründung einer Volksrepublik Nordwestdeutschland keine Folge zu leisten und empfiehlt auch den übrigen AER im Korpsbereich, den Kongreß nicht zu besuchen. Der Zentral-A- und S-Rat Hannover protestiert gegen die von der braunschweigen Landesregierung beabsichtigte Gründung einer Bundesrepublik Nordwestdeutschland, da die Schöpfung der einseitigen Freistaaten nur der Nationalversammlung vorbehalten sei.

Der Zentralrat des 8. Armeekorps Osnabrück, läßt uns über seinen Standpunkt folgen:

Unzweideutiger Standpunkt des Zentralrat des 8. Armeekorps zu der Frage Nationalverpflichtung oder Rätepolitik. Der Zentralrat des 8. Armeekorps hat im Verein mit mehreren anderen Soldatenräten an den Zentralrat des 8. A. R. in Osnabrück folgendes Telegramm gerichtet:

Hiermit bitten wir um sofortige Delegation zur Konferenz am Montag, den 10. Febr., vorm. 10 Uhr im Saal Braunschweig. Auf dem Boden einer sozialistischen Reichseinheit liegend gilt es die Frage zu besprechen, die Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte zu erhalten. Der Zentralrat des 8. A. R. erklärt hierzu: Wir vertreten gemäß unserem Proteste auf der letzten Konferenz der Korpsoldatenräte auf weiterhin den Standpunkt, daß die Soldatenräte vorwiegend militärische Aufgaben zu erfüllen haben. Nicht Einzelwille der Soldatenräte kann maßgebend sein, sondern der Gesamtwille des Volkes, der durch die Nationalversammlung befundet wird. Ihn muß sich unter allen Umständen untergeordnet werden.

Wir haben daher eine Teilnahme an dieser Braunschweiger Konferenz abgelehnt. Zentralrat des 8. A. R. gez. Düffelberg, gez. Arnhold, gez. Klink.

Zum Waffenstillstand.

Die Verhandlungen wegen Verlängerung des Waffenstillstandes.

11. Weimar, 10. Febr. Die Mitglieder der Waffenstillstandskommission werden sich unter Führung des Staatssekretärs Erzberger morgen von Weimar nach Trier zu den neuen Waffenstillstandsverhandlungen begeben. Sie beschäftigen am Sonntag wieder in Weimar ein. Zutreffen.

Genf, 10. Febr. Die Konferenzen des großen Kriegsrats der Alliierten, an denen auch Wilson teilnimmt, beschäftigte sich mit der Erneuerung des Waffenstillstandes mit Deutschland, die Marshall Foch, offenbar auf Clemenceaus Wunsch, an neue Bedingungen knüpfen will, in der Absicht, den Widerstand Deutschlands gegen die Gebietsverweigerungsansprüche Frankreichs zu brechen. Foch wird die Befehle des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und außerdem vernünftig die Befehle Danzigs und der Eisenbahnlinie Danzig-Thorn verlangen.

Berlin, 10. Febr. Wie verlautet, fordern die neuen Waffenstillstandsbedingungen der Entente die Heraushebung der deutschen Armee auf 25 Divisionen, ebenso soll gegen die Ablieferung der gesamten Artillerie verlangt werden.

11. Genf, 10. Febr. Nach einer Meldung aus Paris ist die französische Kommission in das Hauptquartier des Generalissimus Foch abgereist, um dort von den neuen Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland Kenntnis zu nehmen. Es handelt sich hierbei um Deutschland auferlegende Verpflichtungen finanzieller Natur.

11. Weimar, 11. Febr. (Draht.) Zur Drahtung eines Berliner Blattes, daß die deutsche Armee auf 25 Divisionen herabgesetzt werden solle, erzählt die D. A. Z., daß zwar mit Forderungen auf diesem Gebiete gerechnet werde, jedoch über deren Umfang noch keinerlei Anhaltspunkte gegeben sind. Der Schluss der Züricher Meldung, daß die gesamte Artillerie ausgeliefert werden müsse, könne als starke Übertreibung bezeichnet werden, wie auch das Blatt selbst bemerkt.

11. Weimar, 11. Febr. (Draht.) Von zuständiger Stelle erzählt die D. A. Z., daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen keinesfalls vor dem 15. Februar beginnen werden.

Einigung der alliierten Großmächte über die Hauptpunkte des Friedensvertrages.

11. Basel, 9. Febr. Pariser Blätter melden, daß eine Einigung der alliierten Großmächte über die Hauptpunkte des Friedensvertrages, soweit die Gebietsansprüche Frankreichs und Italiens in Betracht kommen, auf dem Wege direkter Verhandlungen außerhalb der Konferenz erzielt worden seien.

Genf, 8. Febr. Seit Parisien veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vorkämpfer Sharp, wonach gegen Amerika mit Wilson bezüglich schnellsten Friedensschlusses sowie der Schaffung eines allernormen, auf liberalfreier Auffassung fußenden Völkerverbundes einig sei.

Aus der Pariser Konferenz.

11. Paris, 10. Febr. Diplomatischer Situationsbericht. Heute tagte nur die Kommission für den Völkerverbund. Am Montag Mittag wird der Oberste Internationale Kriegsrat voraussichtlich die Prüfung der Bedingungen abschließen, in die dem Waffenstillstandsvertrage einzufügen sind, wenn der Vertrag am 18. Febr. erneuert wird. Am Laufe der beiden vorangegangenen, am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Sitzungen prüfte der Oberste Kriegsrat die Fragen der Demobilisierung und Abrüstung in Deutschland, um diese unmöglich zu machen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn es zu dem denken sollte. Zu diesem Zweck erheben die Alliierten Einspruch, bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa gegen die Nichtausführung der Bestimmungen, die müßigen eine Bestandgabe fordern über das Kriegsmaterial, das zur Zeit in Deutschland vorrätig ist, bezw. sich in den

Fabriken in Arbeit befindet. Es ist sogar wahrscheinlich, daß der Oberste Kriegsrat zur größeren Sicherheit die Auslieferung großer Mengen Kriegsmaterial, Geschosse, Maschinengewehre und Flugzeuge fordern wird. Außer mit diesen Fragen wird sich der Oberste Kriegsrat mit der Frage der polnischen Grenzen, den zu haltenden Truppenbeständen der Alliierten und der Blockade befassen. Wenn der Waffenstillstandsvertrag nicht vor dem 18. Februar unterzeichnet werden kann, so wird das jege Lieberkommen einfach um einiges verlängert, bis der neue Wortlaut angenommen worden ist.

Aus französischer Quelle erfahren die Daily News, daß die militärischen Führer des Verbandes der Alliierten, es sei jetzt an der Zeit, daß Deutschland gewonnen werde, auf seine militärische Macht durch völlige Demobilisierung zu verzichten, und daß es in eine Lage versetzt werde, daß es sich den Friedensbedingungen nicht widersetzen könne. Die Alliierten des Verbandes seien noch immer die gleichen; daß Deutschland die Bedingungen einfach anzunehmen habe und nur in Einzelheiten der Ausführung mitreden dürfe. Der oberste Kriegsrat dürfte heute mit den Beratungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes zu Ende gekommen sein. Man wird darauf verzichten, das Ruhrgebiet zu besetzen, aber eine Demobilisierung der deutschen Armee bis auf 20 Divisionen fordern.

Sonstige Nachrichten.

Die deutsche Regierung protestierte gegen das ungläubige Vorgehen französischer Besatzungstruppen in der Chemischen Fabrik Wanganau. Die ganze Fabrikanlage ist demoliert.

Deutsche Lebensmittel können dem rechtsrheinischen nach dem linksrheinischen Gebiet befördert werden.

Die Entente teilt mit, daß die Freiheitsbeschränkungen des Marschalls v. Madonnen aufgehoben worden seien.

Gegen die Verhaftung mehrerer deutscher Bürger im linksrheinischen besetzten Gebiet legte die deutsche Regierung Verwahrung ein.

Nach einer Meldung aus Paris fordert Wilson die sofortige Begründung des Völkerverbundes, der noch vor seiner Abreise nach Amerika, die am 15. Februar erfolgen soll, vollzogen sein soll.

Versehiedene Nachrichten.

Erkrankung des deutschen Kronprinzen?

11. Weimar, 11. Febr. (Draht.) Dem 2. A. zufolge soll der frühere deutsche Kronprinz einem Verüchte zufolge erkrankt sein.

Was die Alliierten fürchten?

Berlin, 8. Febr. Victorio Wendt sich gegen jede Zerstückelung von Rußland, die nur dazu beitragen werde, in Zukunft Rußland mit Deutschland zusammen zu schließen. Dadurch werde ein Block gebildet werden, der mit Japan zusammen von der Nordsee bis zum Pazifik eine englischen und amerikanischen Flottenblockade ruhig entgegensehen könne.

Die Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens durch die Entente.

11. Berlin, 8. Febr. Die II. meldet: Vor keinem Mittel scheut die Entente zurück, um das deutsche Wirtschaftsleben zu schädigen und ein Wiederaufleben der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt unmöglich zu machen. Schon mehrfach wurde laut, daß die Alliierten unter dem Deckmantel des Waffenstillstandsvertrages in aller Stille versuchen, sich aus gewisse deutsche Industriezweige anzunehmen, die zu ergreifen ihre eigene Industrie nicht in der Lage ist. So werden namentlich jetzt chemische Fabriken unter die Überwachung jenseitiger Offiziere gestellt. Diese Offiziere, fast alle Fachleute, können kontrollieren, daß in den Fabriken kein Kriegsmaterial mehr hergestellt wird. Sie sollen außerdem den Rohstoffeingang sowie den Ausgang der Fabriktate überwachen. In Wirklichkeit gehen namentlich die Franzosen weit über diese Aufgabe hinaus. Sie suchen nicht nur die Apparatekontrolle an und Arbeitsmethoden zu erforschen, sondern alle ihnen wissenswerten Aufschlüsse durch Befragen der Arbeiter- und Angestellten zu erlangen. Selbst Materialproben entnehmen sie. Sie versuchen auf diese Weise, alle wichtigen Geheimnisse der Fabrikation zu erfahren. Durch dieses in keiner Weise im Waffenstillstandsabkommen begründete Vorgehen wird dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben ein unübersehbarer, nicht wieder auf zu machender Schaden zugefügt.

Kleine Nachrichten.

Bremsehafen ist am 9. Febr. von Truppen der Division Ersleben tampos besetzt worden. Von den Angehörigen der M. nersuchflotte, die sich am Kampf gegen die Kriegsmarschgruppen in Bremen beteiligt haben, sind etwa 80 Mann festgesetzt worden. Der Führer des S. R. wurde verhaftet.

Nach eine neue sozialistische Partei. Die Sozialdemokratische Korrespondenz meldet, daß Dämmig und Richard Müller eine neue Partei, das 'Deutschesozialistische Komitee' (DeSoK) gegründet haben. Diese Partei solle alle umfassen, die auf dem Boden der Räte-Regierung stehen.

Bayern dürfe bald eine andere Regierung erhalten, da Eisners Rücktritt für kommende Woche zu erwarten ist.

Volkstrauertag Feste und Kriegsmünster Reinhardt haben laut Dtsch. A. Z. den Antrag der Berliner Konferenz der Korpsoldatenräte auf Bildung eines Reichsoldatenrats abgelehnt.

Der Münchener Spartakistenführer Dr. Leven wurde verhaftet. Der kommunistisch verurteilte Minister und dem Justizminister die Freilassung Levens, was abgelehnt wurde. Der A. R. will deshalb die gesamte Arbeiterbewegung zu Demonstrationen aufrufen.

Royd George ist mit den englischen Vertretern in Paris wieder in London eintrafen.

Die Alliierten haben einen Obersten Blockade gebildet.

In London fanden Soldatenkonferenzen statt, an denen etwa 11000 Umlauber teilnahmen. 9 Anführer sind verhaftet worden.

Die Frage von Klaufschou soll nicht auf der Friedenskonferenz, sondern lediglich zwischen Japan und China geregelt werden.

Englische Firmen erhielten die allgemeine Erlaubnis, Waren nach den linksrheinischen Gebieten zu liefern.

Das amerikanische Repräsentantenhaus spricht die Hoffnung aus, daß die Friedenskonferenz auch das Recht Irlands auf Selbstregierung in wohlwollende Erwägung ziehen möge.

Wilson soll nach Ablauf seiner Präsidentenschaft Vorsitzendes des Völkerverbundes werden. In Düsseldorf ist der Telegraphenverkehr mit dem Deutschland gesperrt.

Der frühere Berliner Volkspresident E. Schorn ist nach Braunschweig geschickt, wo er sich des Schutzes der unabhängigen Regierung erfreut.

Der Marinekonferenz protestierte gegen die Befehle Bremerhavens durch die Division Westberg.

In Holland erwartet man demnächst große Zufuhren von deutschem Eisen.

Frankreich trat 40 deutsche Lokomotiven an Italien an.

Spanien soll von der Entente die Erlaubnis erhalten haben, die in spanischen Häfen liegenden deutschen und österreichischen Schiffe für die eigene Schifffahrt zu verwenden.

Aus Newyork wird gemeldet: Man erwartet für die letzte Februarwoche das Einlaufen von 26 deutschen Lebensmittelschiffen in Hoboken.

Deutsches Reich.

Erweiterte Aufgaben des Völkervereins.

Der Gesamtvorstand des Völkervereins für das katholische Deutschland hat sich in seiner Sitzung vom 30. und 31. Januar wieder mit der Frage beschäftigt, welche Anforderungen die neuen Verhältnisse an den Verein stellen. Einer Anregung von Geheimrat Marx folgend wurde beschlossen, an einer besonderen Abteilung der Zentralstelle die Verteidigung und Förderung der katholischen Schule und Erziehung für die weite Öffentlichkeit zu übernehmen; ferner, aus den Einkünften des Völkervereins die Geldmittel zur Verfügung zu stellen für die Redaktionsarbeit und für die Beratungskommission der katholischen Schulorganisation in den einzelnen deutschen Landesstellen. Demnach erübrigt sich die hier und da angeregte Gründung eines die Volksschulen erfassenden besonderen Schulvereins. Weiter wird der Völkerverein den Fortbewerben der Zeit entsprechend in erhöhtem Maße die grundlegende staatsbürgerliche Schulung und Erziehung neben und ohne Beeinträchtigung seiner sozialen Wirksamkeit betreiben. Diese Aufgabe, die scharf von organisatorischer und Werbearbeit der Parteiorganisation und von der Belehrung der Wähler über die praktische Tagespolitik zu unterscheiden ist, wurde von der Partei — soweit ihre katholischen Mitglieder in Frage kommen — bisher schon dem Völkerverein übertragen. So nahm deshalb von der Gründung des Völkervereins an, eine Haltung, die nach kürzlich im Jahre 1918 von den obersten Parteiführern ausdrücklich gutgeheißen wurde. Damit der Völkerverein allen diesen erweiterten Aufgaben gerecht werden kann, ist eine Dezentralisation der Geschäftstätigkeit und Arbeitsstellen durch Errichtung weiterer Landes- und Bezirkssekretariate anzugehen. Mit der Errichtung eines Generalsekretariats der Zentralstelle in Hagen (H. Überbergstraße 53) ist bereits der Anfang in dieser Richtung gemacht.

Geplante Verbesserung der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Weimar, 10. Febr. Zwischen den Fraktionsführern hat auf Verlangen des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamts Bauer eine Besprechung über Aufhebung der Kriegsbeschädigtenfürsorge stattgefunden mit dem Ergebnis, daß eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Unterstützungssätze eintreten wird.

Zur Einigung der Obersten Heeresleitung.

11. Weimar, 11. Febr. (Draht.) Der Dienstbetrieb der Obersten Heeresleitung in Kolberg wird vom 12. Febr. ab in vollem Umfang aufgenommen werden.

Selbstverforgern für landwirtschaftliche Arbeiter.

Zur Förderung der Zuwanderung von Arbeitern auf das Land wird in Kürze alle in landwirtschaftlichen Selbstverforgern betriebenen landwirtschaftlichen Arbeiter gleichgestellt. Die Selbstverforgern gleichgestellt. Die in der Landwirtschaftlichen Arbeiter dabei ergehen, lassen, daß alle Arbeiter, die in landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten können und nach den jetzigen Bestimmungen einen Anspruch auf die Ration der Selbstverforger haben, diese zu gewähren ist.

Das Zentrum und das sozial. Arbeitsprogramm.

Weimar, 8. Febr. Die Sozialdemokraten haben ein umfangreiches Arbeitsprogramm aufgestellt, dem das Zentrum und die Demokraten ein kürzeres gegenüberstellen. Zwei Punkte des sozialistischen Programms sind, wie nach Witterungen verlautet, von vornherein dem Zentrum unannehmbar, das es einmal die Beibehaltung der A. u. S.-Räte in einer etwas gemäßigten Form, und zum anderen die Bewegung der Einzelstunde fordert. Das Zentrum ist bereit, die A. u. S.-Räte nach Hindenburgs Vorschlag in

Verwaltungs- und Versorgungsausschüsse umzuwandeln, nicht mehr. Immerhin wird vom Zentrum anerkannt, daß das sozialistische Arbeitsprogramm eine Grundlage für eine Verständigung geben könne.

Erzberger-Hege und sein Ende.

Die sehr zahlreich besuchte Delegiertenversammlung der christlichen Volkspartei Berlin mit Einschluß ihrer evangelischen Mitglieder, die gestern aus Anlaß der Auffstellung der Stadterverordnetenlisten stattfand, spricht ihre Unterstützung aus, daß der bekannte Mitredakteur der 'Allgemeinen Rundschau' Friedrich Sulzinger in einem Artikel 'Melancholie in Weimar' den Staatssekretär Erzberger in der Abendausgabe des Berliner Lokal-Anzeigers vom 6. Februar zu verurteilen sucht. Die ganze Stimmung und die Erbärmlichkeit dieser fortgesetzten Angriffe des Pamphlisten und altdeutschen Hege's richtet sich zwar von selbst. Sie reicht an den berechneten Staatssekretär nicht heran, der in schwerer Zeit unter unglücklichen Verhältnissen seine verdienstvollen Dienste nicht entziehen zu seinen vermeint. In einer Zeit, wo es sich um einen Zusammenbruch aller bürgerlichen Kräfte handelt, erscheint eine solche Tätigkeit des altdeutschen Heberparasiten geradezu als ein Verbrechen an der Konstitution der parlamentarischen Verhältnisse.

Einberufung der preussischen Nationalversammlung besetzend.

11. Weimar, 11. Febr. (Draht.) Der Verfassungsentwurf für Preußen wird noch in diesem Monat der konstituierenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung im Laufe des Monats, wie der S. A. schreibt, mit Sicherheit erfolgt sein dürfte. Der Entwurf sieht ein Einkammerparlament unter einem besondern Präsidenten vor.

Die Kämpfe gegen die Polen.

11. Schneidemühl, 10. Febr. Die Polen haben an der Front zwischen Schneidemühl und Thorn mit der Artillerie Tätigkeit entwickelt. Sie konzentrieren ihre Hauptkräfte zwischen Schubin und Bromberg. Ihre Hauptkräfte machen den Versuch eines Durchbruchs nach Westpreußen. 11. Weimar, 11. Febr. (Draht.) Wie das Berliner Tageblatt meldet, ist die polnische Bedrohung Brombergs gemindert. Die Polen stehen 10 Kilometer vor Bromberg. 11. Weimar, 10. Febr. (Draht.) Weimar, am 9. Februar, wurde Josephinen und Präsidentenpost und Teile von Steinberg bedroht. Bei Josephinen wurden 6 Maschinen gewerbe erbeutet. An den anderen Fronten starke Verfolgungstätigkeit.

Oldenburg.

Worauf es bei der Wahl am 23. Februar ankommt.

Nachdem die meisten Einzelknoten schon vorangegangen sind, wölbt auch Oldenburg in der nichten Zeit seine verfassunggebende Landesversammlung. Wir haben also am 23. Februar keine gewöhnliche Landtagswahl, sondern eine Wahl, die für unsere nächste Zukunft von entscheidender Wichtigkeit ist, weil von ihrem Ergebnis das Verfassungsrecht, das die Landesversammlung zustande bringen soll, seinen Stempel erhält. Andere bisherige Verfassungen datieren von 1852, sie schätze unsere christlichen Interessen und sie war freilich nicht wie wenige in deutschen Ländern. Was wird unsere neue Verfassung aufweisen? Sie wird, dem Geiste der Zeit entsprechend, radikaler ausfallen. Das ist zweifellos; denn die bisherige Unkennbarkeit des oldenburgischen Landtags wird verflucht aus den Wahlen hervorgehen. Das Zentrum wird aller Voraussicht nach an dem Verlust der Parteien nicht beteiligt sein; es ist wahrscheinlich, daß es noch erstarkt aus dem Wahlkampf hervorgeht. Der Verlust wird in vollem Umfang der immer in Oldenburg noch rechts orientierten Nationalliberalismus treffen. Die Folge davon wird sein, daß dem Zentrum in der neuen Landesversammlung in erster Linie und in verstärkter Weise die schwere und opfervolle Aufgabe zufällt, die Interessen des Christentums zu vertreten und seine berechtigten Forderungen in der neuen Verfassung zu verankern. Die politische Lage macht es uns zur Gewissenspflicht, mehr denn je in diesen kritischen Tagen und Wochen, unsere politischen Einflüsse nach unserem Verstande entscheiden zu lassen und nicht Zuneigung oder Abneigung gegen einzelne Parteien dazu einwirkenden Einfluß einzuräumen. Persönliche Wünsche müssen zurücktreten, was höhere Ganze in Frage kommt. Wir leben nicht mehr in der Vorkriegszeit, wo wir uns das hier und da gefasteten, obwohl es auch damals falsch war. Jetzt hat ein jeder von uns eine vielfach größere Verantwortung gegenüber der Zukunft, aus dem Grunde, weil wir aufbauen müssen, was die letzten Monate in Trümmer geschlagen haben. Wir haben uns ein neues staatliches Haus zu bauen, in dem vielleicht noch spätere Generationen zu wohnen gezwungen sind, und wir haben die Pflicht, alle Kräfte für das Ziel einzusetzen, daß dieses neue staatliche Haus für eingetrichelt wird, daß es uns ein Wohnen nach unseren Wünschen gestattet. Das ist unsere Aufgabe, die kommenden Generationen werden unserem Tun in diesen Tagen ihr Urteil sprechen.

Einigkeit ist die Grundlage jedes Erfolges.

Wir können uns nie gegenüber den Gefahren, die uns bedrohen, es gefasteten, irgendein Meinung zu werden. Bedenken wir, daß wir eine Mindeberheit sind, die nur dann etwas gibt, wenn ein einiger Wille sie besetzt. Wir müssen die Achtung vor uns selbst und die Achtung unserer Gesar-

ner verlieren, wenn wir in diesen Tagen nicht den Willen und die Kraft aufzubringen vermögen, Persönliches auszuscheiden und alle unsere Kräfte an unser gemeinsames Ziel setzen. Wenn es nicht so sein sollte, so würde das zeigen, so fruchtlos es ist, daß wir den furchtbaren Ernst der Zeit nicht begriffen haben. Schauen wir uns in Deutschland um. Bei keinen einzelnen Wahlen hat unter Zehntausenden irgend eine Uneinigkeit zu bekümmern gehabt. Das zeigt uns, daß wir die Welt so groß zu verstehen und zu erkämpfen haben, uns das einfach nicht erlauben können. Wenn wir die Einigkeit gewohnt haben, deshalb können wir Erfolge buchen, die uns mit Weltreihen in die Zukunft führen lassen. Organisationskraft, seinen eigenen Willen dem für recht erkannten Gesamtwillen unterzuordnen. Das erfordert ein Opfer, aber das ist politische Pflicht und diese müssen wir alle an die erste Stelle setzen. Das politische Selbstverständnis großen Wandföhrer, Kämpfer, Führer, ist einig und einheitlich. Jetzt ist die Stunde, jetzt tritt unser Bewusstsein mit der Forderung an uns heran, diesem Element Rechnung zu tragen. Was soll wasser wir uns selbst nehmen? Weshalb wollen wir Kräfte gegen einander richten, die wir gegen den Ansturm unserer rassistischen Gegner so dringend nötig haben? Wir selbst haben die Schoden davon. Das wollen wir nicht und das dürfen wir nicht.

Wollt, schliel müssen wir denn am 23. Febr. unsere Wahlpflicht erfüllen. Auf jede Stimme kommt es auch hier an. Die elbthwerste Zentrumstreuue hat sich am 19. Januar im obdenwärtigen Mindererkläre so öffentlich bezeugt. Am 23. Februar muß sie erneut in die Erscheinung treten. Die Stimme fordert vor uns einmütig und selbstloses Eintreten für unsere heilige Sache. Weshalb soll das in die Wahlurne für die Zentrumsliste, die mit dem Namen Dr. Richter beginnt.

Genleumspol'it in Mitteldeutsch und ihre Ziele für uns.

Wirtemberg ist ein Staat, dessen Innerpolitische Verhältnisse denen in Oldenburg in vieler Hinsicht gleiches. Es hat 3. B. gleich eine konfessionell durchgeführte konfessionelle Gliederung des Schulwesens bis in die höchsten Klassen. Auch die Stärke der einzelnen Parteien ist dort im Verhältnis zu dieser die gleiche wie bei uns. Das Zentrum ist dort wie hier die stärkste Partei. Was auch für das oldenburgische Zentrum die erste Aufgabe sein muß nach den Wahlen, nämlich auf dem Gebiete der Volksschulpolitik die Garantien zu erhalten, daß es dem württembergischen Zentrum für sich dem württembergischen Reich. Die württembergische Regierung, die es in der Revolution hervorbrachte, hatte eine sozialistische Mehrheit in der Reichsversammlung. Hier wie dort bilden Minderheiten der großen bürgerlichen Parteien die Minderheit der Regierung. Das Zentrum hat nun in Wirtemberg seine eigene Teilnahme an der Regierung von der Stellung der Regierung zur Kirche und Schulpolitik abhängig gemacht. Diese feste Stellungnahme des Zentrums hatte den Erfolg, daß der stellvertretende württembergische Ministerpräsident im Namen der Regierung erklärte, daß es grundlegenden Neuerungen auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, insbesondere auch auf dem Gebiete der Kirche und Schulwesens nicht in Angriff genommen werden können. Durch diese Erklärung ist es dem Zentrum in Wirtemberg möglich gemacht, sich mit der Sozialdemokratie und der Deutschen Demokratischen Partei weiterhin an der Regierung zu beteiligen.

Dem württembergischen Zentrum ist es also dank seiner Stärke und seiner zielbewußten Führung möglich gewesen, höhere Garantien in bezug auf Kirche und Schulwesen zu erreichen. In erster Linie ist das ein Erfolg der Einigkeit des württembergischen katholischen Volkes. Hierin wird daraus die zu bringende nötige Lehre, daß Einigkeit die Grundlage des Erfolges auch bei uns in Oldenburg ist. Die oldenburgische Zentrumsfraktion hat in der neuen Landesversammlung schwierige Aufgaben zu erfüllen, die sie mit Erfolg nur in dem Bewußtsein erfüllen kann, daß es das gläubige oldenburgische Volk geschlossen hinter sich sieht. Auch in Oldenburg muß es die erste Aufgabe des Zentrums sein, von der liberal-logischen Nichtparteilichkeit zu erhalten, daß unsere konfessionelle Schule und das Verhältnis der Kirche zum Staate erhalten bleibt. Wir haben aber zum erneuten Nachdruck, daß im Falle ihrer Weigerung wir in unser Selbstbestimmungsrecht keinen Zweifel lassen. Doch auch in diesem Falle können wir nicht anders als in Wirtemberg handeln. Wenn die kommenden Wochen von uns, einig und in unserer inneren Politik entgegenzutreten. Weshalb für die Grundgedanken und legen wir die Wahlurne für das Zentrum unsere Stimme in die Wahlurne. Keiner darf fehlen; denn jeder hat die Pflicht, über sein zukünftiges Schicksal mit zu entscheiden.

Die Bewegung gegen die Kandidatenliste der Zentrumspartei.

Auf dem Vertretertag in Oldenburg, wo Beauftragte aus allen Gemeinden erschienen waren, Landesversammlung für die oldenburgische alle Wünsche der Vertreter aus den verschiedensten Gemeinden bekräftigt werden konnten, ist für je eine weitere klar. Nachdem die Kandidatenfrage

auf Grund der Beratung aus den einzelnen Gemeinden besprochen war, mußte die Stimmenmehrheit die Entscheidung bringen. Es geht es in allen Versammlungen und in allen Vereinen. Wer gegen einen solchen Beschluß vorgeht, macht die Einheit und Geschlossenheit der Partei, will in Eigenem seinen Kopf durchsetzen oder sucht seine eigenen Interessen. Ein solcher vertritt dann den klaren Willen für das, was ehrenhaft und schicklich ist, für das, was für die Allgemeinheit und auch für ihn selbst auf die Dauer das Beste ist. Letztlich selber bei uns aus den verschiedensten Gründen solche Unzufriedenheiten aufgetreten, die gegen die Kandidatenliste der Zentrumspartei Stellung nehmen. Wir geben so das Schauspiel einer Uneinigkeit und Zerissenheit in unserer Partei, wie sie bei der Nationalversammlung und bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung wohl nirgends in der Erscheinung getreten ist. Es ist sehr zu bedauern, und man möchte immer noch hoffen, daß die Vertreter bei dieser Gegenbewegung zur Einheit kommen, daß man auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege nicht einmal ihrem Glauben einen neuen Dienst erweist, und ihre unternehmigen Tätigkeiten einstellen. Sie sind doch gewiß nicht alle so eckig, wie jene, der uns verlockt die Aufregung hat, er wolle in dieser Wahlangelegenheit seinen Kopf durchsetzen, wenn es auch keine ganze Bauernzelle kosten würde. Nicht doch jene, die als Vertreter eines bestimmten Standes, z. B. des Bauernstandes, gewählt sind, sollen die Interessen dieses Standes vertreten, sondern die übrigen Abgeordneten aus anderen Ständen sollen ihnen helfen. Deren Zuneigung werden sie sich aber nicht ärgern, wenn sie auf einen nicht ordnungsmäßigen Wege gegen den Willen der Mehrheit der Partei einen Abgeordneten in den Landtag bringen würden. Wägen das alle jene bedenken, die sich mit dem nach reichlicher Überlegung in Oldenburg gefassten Mehrheitsbeschluß bezüglich der Kandidaten noch nicht beruhigen können oder wollen.

In Oldenburg hatte man schon von gewisser Seite gleich am Tage nach der Parteierversammlung in Oldenburg eine Versammlung einberufen, die vor allem eine Beron in den Landtag stellen sollte. Wir haben davon bisher keine Notiz bekommen, weil wir die Weiterentwicklung abwarten wollten. Für heute aber wir aber einen Briefteil aus der „Mittelschlesischen Tageszeitung“ vom 10. Febr. über diese Versammlung, der die Angelegenheit nach unserer Auffassung ziemlich zuverlässig darstellt. Unter der Überschrift:

„Ein Wort zur neuen Kandidatenliste“

Die Einberufung und der Verlauf der am letzten Freitag tagenden Versammlung in Oldenburg, die von Mitgliedern der hiesigen Arbeiterpartei und deren Mitgliedern bewirkt wurde, um die Einigkeit bei der Eröffnung betonte, darüber zu beraten, ob die Arbeiterpartei sich mit der in Oldenburg aufgestellten Kandidatenliste einverstanden erklären wolle oder nicht, hat in einem großen Teile der Zentrumswähler große Enttäuschung hervorgerufen. Um Recht zu behaupten, daß es zu einem solchen Schritt nicht kommen sollte. Mangel an Parteizugehörigkeit von der Leitung bis zum letzten Mann, der für die Auffstellung einer neuen Liste die Hand erhob, konnte zu diesem Vorgehen führen.

Was ist erreicht worden? Stellen wir die Kandidaten der beiden Listen gegenüber:

1. Liste des Vertretertages in Oldenburg:
 1. Dröber, Oldenburg,
 2. Erneling, Damme,
 3. Feibel, Oldenburg,
 4. Gantner, Oldenburg,
 5. Müllersberg, Hüne,
 6. Griep, Barmstedt,
 7. Köh, Barmstedt,
 8. Rastke, Rastbergen,
 9. Denis, Redtha,
 10. Fröhle, Vastrop.
2. Liste der Arbeiterversammlung in Oldenburg:
 1. Döbelmann, Oldenburg,
 2. Cerdemesmerer, Süßbühren,
 3. Verburg, Redtha,
 4. Dr. Schute, Dintlare,
 5. Dehmant, Dintlare,
 6. Rastke, Altoldenburg,
 7. Müllersberg, Oldenburg,
 8. Müllersberg, Neuenkirchen,
 9. Thume, Döbelmannshof,
 10. Gramenthorst, Effen.

Beizreffs der Kandidaten der 1. Liste wissen wir, was wir haben. Von der überwiegenden Mehrzahl dieser 10 Kandidaten kann mit vollem Recht angenommen werden, auch wenn sie nicht Bauernlandwirte oder Berufsarbeiter sind, die Interessen der Landwirte und der Arbeiter voll und ganz wahrnehmen können und verstehen werden. Ober haben sie das Gegenteil gemeint? Bezüglich der Vertreterliste ist es ermahnt, daß der aufgesezte Vertreter als Sohn eines Landwirts jedenfalls gut genug weiß, was für den Bauern- und Heuermannsstand nottut. Als Schüler, der mehr als 25 Jahre durch seine Schüler in direkter Beziehung zu der Arbeiterbevölkerung gestanden hat, wird er ein ebenso warmes Herz für diesen Stand haben, wie irgend ein Kandidat der 2. Liste. Die Vertreter der 2. Liste sind mehr oder weniger alle unbeschriebene Blätter. Hier heißt es, abwarten. Was ist erreicht durch die Auffstellung der beiden Listen wird voraussichtlich erreicht, daß Königen seinen verdienstvollen Abg. König, der von den dortigen Landwirten als Vertreter ist, daß der von der Rüstinger Arbeiterpartei aufgestellte rüchmlich bekannte Rastke falliggestellt wird, daß die Vertreterliste auf einen Vertreter verzichten muß, daß endlich der große Bezirk Redtha, Steinfeld, Holzborn, unberücksichtigt bleibt. Was ist erreicht? Eine Verbesserung? Das Gegenteil.

Wenn man das man getrieben. Eine Zerstückelung, eine Spaltung im eigenen Lager hat man beabsichtigt. U. E. wäre es der Leitung der obigen Versammlung, Herrn Döbelmann, ein Lechtes gewesen, die Arbeiter von dem Vorhaben betr. Auffstellung einer neuen Liste abzubringen im Interesse der Partei. Jedenfalls mußte von dieser Trümsache eine Kandidatur rundweg abgelehnt werden. Das wäre Zentrumserkennung gewesen, wie sie uns, die wir in der verschwindenden Minderheit in der Wahlstimmung treten, tut. Das ist nicht gefahren. Man versteht die Handhabung nicht. Es scheint ein Plan vorzuliegen.

Von dem weiteren neu aufgestellten Vertreter wird eine vornehmere Gesinnung vorausgesetzt, indem sie im Interesse der Partei auf den ihnen anvertrauten Herren verzichten. Wie verhalten, haben bereits einige Herren abgesehen. Der Mehrheit wird es hoch anzurechnen, daß sie auf eine ihr von der Führung obiger Versammlung anvertraute sichere Stellung in der neuen Liste verzichtet hat und damit erklärt, daß sie nicht dafür zu haben ist, das Einheitsprinzip der Zentrumspartei zu durchbrechen. Von der Partei selbst wird erwartet, daß der Antrag auf Verhinderung der beiden Listen ernstlich abgelehnt wird, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Reihe Stimmen verloren geht. Von den Zentrumswählern wird erwartet, daß sie geschlossen eintrifft für die vom „Mittelschlesischen Vertretertag“ aufgestellte Kandidatenliste. Das ist der erwartete Wille der Allgemeinheit, nicht die Liste, die am Freitag von etwa 50-60 Leuten in Oldenburg herangezogen ist.

Oldenburgischer Landtag.

Für der allmählichen Abbau der Vorarbeiten ist der Verwaltungsausschuß einmütig eintrifft.

Der Verwaltungsausschuß nahm den Entwurf betr. einmütig zur Kenntnis an die staatlichen Beamten, Anverwandten und Arbeiter sowie ein Volkshilfsrat an. Der Entwurf wird heute feine (11. Februar) im Plenum in erster Lesung beraten.

Der Entwurf betr. Einführung eines Gehaltszuschlages

on Volkshilfsrat, Gendarmen und Lehrer an den Volkshilfsrat wurde vom Ausschuss angenommen und wird ebenfalls in der heutigen Plenarsitzung in erster Lesung beraten. Die staatlichen und Gemeindefiskus, sowie die Eisenbahnbetriebskasse werden durch den Gehaltszuschlag mit 2,5 Millionen Mark belastet. Soweit die Eisenbahnbeamten in Frage kommen, ist die Vorlage jedoch schon durch die den im Eisenbahndienst beschäftigten Arbeitern und den unteren und mittleren Beamten gewährte monatliche Zulage von 100 Mk. überholt. Bei Abrechnung dieser monatlichen Zulage soll nach Erklärung des Regierungsvertreters der in Aussicht gestellte Gehaltszuschlag angedeutet werden: es würde aus obiger Auffstellung die von der Eisenbahnbetriebskasse zu tragende Summe von 1.434.000 Mk. in Wegfall kommen. Die Bewilligung der monatlichen Zulage von 100 Mk. wurde von Eisenbahnern unter Streikandrohung vom Direktorium erzwungen, ohne daß der Landtag um seine Stellungnahme befragt ist. Von verschiedenen Seiten des Ausschusses wurde ein solches Vorgehen und seine Folgen scharf verurteilt. Diese Zulage legt der Eisenbahnbetriebskasse eine jährliche Ausgabe von 7.700.000 Mk. auf, eine Summe, die zu allen anderen Kriegsausgaben kommt und die Zinsen des Landes sehr außerordentlich belastet, besonders, wenn die Zulage auf längere Zeit gegeben werden soll. Der Regierungsvertreter glaubt allerdings, daß die Gewährung dieser Zulage nur für höhere Zeit in Frage komme. Die Ausgabe, die diese Zulage der Eisenbahnbetriebskasse auferlegt, würde ausschließlich von der Eisenbahn getragen und beruhe die abstrakten Kosten des Landes und auch die Steuerzahlung nicht. Ob oder mit welcher Zustimmung sei, daß die sämtlichen deutschen Eisenbahnen vom Reich übernommen werden, so würde auch diese Belastung als Eisenbahnschuld an das Reich übergehen; er glaube nicht, daß der Vernehmer durch diese neue Schuld irgendwie beunruhigt würde. Der Regierungsvertreter führt weiter aus, daß in Preußen und in Reich die Verträge der Arbeiter und der betreffenden Klasse von Beamten der Eisenbahnverwaltung noch höher sind als in Oldenburg.

Auf die Frage aus dem Ausschuss, ob die Beamten und Arbeiter in den abstrakten Zinsen der Staatsverwaltung unberücksichtigt bleiben sollten bei der monatlichen Zulage, erwidert der Regierungsvertreter, daß — soweit bekannt — Preußen diesen Klassen die Eisenbahnen gewährte Zulage auch nicht gibt; nur vom Reich aus bei den Arbeitern und Beamten der Eisenbahnen. Der Ausschuss bekräftigt, daß Unzufriedenheit bei den nicht berücksichtigten Arbeitern und Beamten Oldenburgs entstehen wird. Die Vertreter des Ausschusses sind nicht anrathlich; denn der Verband der Beamten, Lehrer- und Staatsarbeitervereine im Verwaltungskomitee am 6. Februar eine Eingabe an den Landtag beabsichtigt, daß die den Eisenbahnern gewährte Zulage von monatlich 100 Mk. unverzüglich auch der abstrakten Beamten der Eisenbahnen gewährt werden werde. Das oldenburgische Landesdirektorium steht bisher auf dem Standpunkt, die Forderung nicht zurückzugeben. Wie sich die Frage jedoch entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Die sozialdemokratischen Kandidaten

für die Wahl zur oldenburgischen Nationalversammlung sind aufgesezt. Die ersten 14 Kandidaten sind folgende: Wener - Rastbergen, Heilmann-Oldenburg, Jordan-Döbelmannshof, Thomastrastbergen, Wämer-Rastbergen, Wehrens-Verburg, Schömer-Döbelmannshof, Schmidt-Waldhorn-

sch. Raper - Effenferdam, Dänen - Rastbergen, Baumüller - Etrekeremoor, Seidenberg - Jettel, Denker-Gandkersee, Schulz-Nordenham.

Eröffnung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Königen.

Folgende Anlage gelangte an den Landtag: Der Gemeinderat der Gemeinde Königen hat die Eröffnung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Königen unter der Voraussetzung beschlossen, daß seitens des Staates zu den Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Schule die gleichen Beiträge zu leisten sind wie bei den bereits bestehenden Winterschulen in gewahrt werden. Begründet wird dieser Beschluß damit, daß die Gemeinde Königen insofern ohne Verbindung mit einer landwirtschaftlichen Winterschule ist, als die nächstgelegene Schule in Oldenburg nur besucht werden könne, wenn die Schüler dauernd in Oldenburg wohnen. Eine Benutzung der Eisenbahn komme wegen der Entfernung und wegen der schlechten Anverbindung nicht in Frage. Dies habe zur Folge, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der jungen Landwirte der Gemeinde diejenige berufliche Vorbildung erhalte, die im Interesse des einzelnen und der Allgemeinheit dringend gefordert werden müsse. Die Gemeinde Königen umfasse 750 landwirtschaftliche Betriebe, von denen ungefähr 150 über 25 Hektar groß seien.

Das Amt in Oldenburg hat die vorstehend angelegenen Entschlüsse bestätigt, ist ein dauerndes Bedürfnis für eine landwirtschaftliche Winterschule in Königen für vorliegend und ist der Ansicht, daß die Schule durch mit einer gleichen Schülerzahl wie die Oldenburgener rechnen kann.

Mit der Eröffnung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Königen wird zum ersten Male eine zweite berufliche Schule in einem Amtsbezirk begründet, und es wird sich fragen, ob auch in einem solchen Falle die üblichen Staatsbeiträge gewährt werden sollen. Nach dem Erachten des Direktoriums sind bei dem großen Nutzen, den ohne Zweifel die landwirtschaftlichen Winterschulen den Landwirten der Provinz Oldenburg gebracht haben und bringen, alle diejenigen Neugründungen staatlich zu unterstützen, die lebensfähig erscheinen und nicht durch ihre Begründung bestehende Schulen in ihrer Existenz gefährdet oder wesentlich beeinträchtigen. Beide Voraussetzungen treffen den vorstehenden Ausführungen auch hier zu. Das Direktorium beantragt daher, der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Gemeinde Königen für die Einrichtung und Unterhaltung einer landwirtschaftlichen Winterschule die üblichen nach Maßgabe der für solche Beihilfen bestehenden Grundzüge aus der Landeskasse bewilligt werden.

Briefkasten.

F. L. in S. Auf dem Wahlzettel des Zentrums zur Nationalversammlung hätten die Wähler Namen ganz nach Belieben freizugeben, wenn nur ein Name stehen blieb. Trotz der Freizügigkeit blieben die Kandidaten gewählt in der Reihenfolge, in welcher sie auf dem Zentrum eingedruckt waren. Wahlscheinlich und ebenso auf den gedruckten Wahlzetteln aufgeführt waren.

Neueste Nachrichten.

Die Kämpfe mit den Polen.

WTB. Nahel, 10. Febr. (Drohth). Den Schuß der Stadt Aichel, die unter schwerem Artilleriefeuer liegt, hat das Freiwilligenkorps Briffow übernommen. Das Korps steht in enger Verbindung mit dem Feinde. Einschläge der polnischen Artillerie erfolgen hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplatz. Die Artillerie des Freiwilligenkorps erwidert ununterbrochen das Feuer. Augenblicklich muß mit einem kräftigen Vorstoß der Polen gerechnet werden. Die Döbelmannschiff auf das schwerste bedroht, wenn es durch den Feind erbeutet wird. Das Verbleiben der Polen selbst Verbunden gegenüber ist von der russischen Armee. In einem Gescheh bei Roda, das bei dem Freiwilligenkorps Briffow über 100 Mann Verluste forderte, haben die Polen selbst Kronenträger und Vermundete in bestialischer Weise niedergemacht.

WTB. Dantsig, 11. Febr. (Drohth). Auf Antrag der 35. Infanterie-Division ist der Befehl erlassen, daß auf Grund der Vorgänge vom 28. Januar 1919 über Kulme verhängt werden mußte, auch auf eine Anzahl Ortschaften der Umgebung Kulme ausgebeht.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Redha. Druck und Verlag: Buchner-Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Redha.

Holz-Verkauf.

Am Sonnabend, dem 15. Februar sollen auf dem Gute Daren meistbietend mit Zahlungsfrist verkauft werden:

- 14 Eichen, Bau- und Nutzholz,
- 17 Buchentämme, Nutz- u. Brennholz,
- 30 Nummern Eichen, Nutzholz und Nutzföhle,
- 80 Nummern Eichen- und Buchen-Brennholz,
- 150 Nummern Fichten und Kiefern, kleine Sparren, Nutzföhle u. Wohnstangen.

Vormittags Verkauf der Eichen u. Buchen mit Brennholz, nachmittags der Tannen. Verammlung 10 Uhr vormittags bei Bier-Eiebung.

Berwatter Preßbüttig.

Am Donnerstag, dem 13. Febr.
findet in Lütten im Saale des Herrn Joh. Surmann ein

Volks-Unterhaltungs-Abend
zu Ehren der heimgeliebten Kriegsteilnehmer statt. Anfang der Vorträge 7 Uhr abends. Kinder haben freien Zutritt, sondern nur am Mittwoch zur Generalprobe, Anfang 6 Uhr abends.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Heu, Hafer-, Roggenstroh und Dach-Stroh
kauft jedes Quantum ab jeder Bahnstation
Goldensiedt-Bahnhof. Joh. Dellas.

Holz-Verkauf.
Am Samstag, dem 15. Februar, nachmittags 1 Uhr, löst Jeller Schulte in Langewege bei Dinklage, anfangend am Brod, Goldort, Langweiger Grenze

50 bis 60 Nummern dieses Birken- und Erlen-Brennholz und
40 bis 50 dicke Buchen,
zu Nutz- und Brennholz, zum Teil gefälzt,
öffentlich meistbietend verkaufen.
Goldort, den 10. Februar 1919.
B. Johanning.

Holzverkauf.
Am Freitag, dem 14. Februar, nachmittags 1 Uhr, löst Jeller Schulte, Schwegemann, Langewege, in Schwäge, anfangend im Tobben am Hauptwege

60 bis 70 Nummern dieses Erlen- und Birken-Brennholz und
30 bis 40 Nummern Tannen,
leichtes Bauholz,
öffentlich meistbietend verkaufen.
Goldort, den 10. Februar 1919.
B. Johanning.

Holzverkauf auf Calhorn
Firma Gebr. Closs in Wehlar lassen am
Dienstag, dem 18. Februar,
vormittags 10 Uhr, auf Gut Calhorn öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen:

150 Nummern Birken, Eichen und Buchen,
für Holzschuhmacher, Nutz- und Brennholz,
30 Nummern starke Kiefern,
zu Balken und Sparren.
Verammlung bei Müller Diekmann.
Essen, den 10. Februar 1919.
B. Diekmann, amtl. Aukt.

Nutz- u. Brennholz-Verkauf.
Am Samstag, 15. Febr. 1919,
vormittags 10 Uhr anfangend,
kommen öffentlich, meistbietend, nummerweise zum Verkauf:

ca. 100 Festmeter Eichen,
Kiefern und Weymutskiefern,
zu Bau- und Möbels Holz, auch für Wagenbauer usw. geeignet,
eine größere Partie Buchen,
zu Nutz- und Brennholz, sowie
ca. 180 Haufen Brennholz.
Verammlungsort: Pferdetränk an der Burg.
Burg Dinklage, den 4. Februar 1919.
Grüßlich v. Gaten'sche Rentei.

Gemeinde Damme.
Dieseligen Landwirte, welche noch ein Pferd nicht haben und in bedürftigen Verhältnissen leben bezw. nach ihren Verhältnissen nicht in der Lage sind, einen hohen Preis dafür anzulegen, wollen sich umgehend bei mir melden. Es kommen nur solche Landwirte in Frage, welche nur für ihre Bewirtschaftung auf Pferde angelegten Mähler, Gemeindebesorger.

Gemeinde Dinklage.
Ausgabe der Lebensmittelfaarten erfolgt
Freitag, den 14. Februar im Gefellenhause:
für Langewege von 1-1/2 Uhr nachmittags,
für Schwäge und Wanne von 1/2-2 Uhr,
für Hüne und Wulfenau von 2-2 1/2 Uhr,
für Dahlen von 2 1/2-3 Uhr,
für Biel und Hört von 3-4 Uhr,
für Ort Dinklage von 4-5 Uhr.
Die Zeiten sind genau einzuhalten und Kinder nicht zu schicken.
Der Gemeindevorstand.

Empfehle hochfeinen
Kakao
Aug. Wergen, Vechta.

Porzellan :: Steingut,
Gemüsekannen,
Satzkannen,
Teller und Tassen
wieder eingetroffen. Passende Hochzeitsgeschenke.
Damme. Fr. Bollmann.

Habe mich in Dsnabrück als
Rechtsanwalt
niedergelassen und über die Praxis gemeinsam mit meinem Vater, Rechtsanwalt Albert Großkopf, mit.

Rechtsanw. Alexander Großkopf.
Wir haben uns zur gemeinsamen Ausübung der Praxis vereinigt.
Rechtsanwalt Großkopf I
Rechtsanwalt Großkopf II
Büro: Kollegienwall 1 a.
Dsnabrück, den 6. Februar 1919.

Ich kann sofort liefern
neue Fahrräder mit Gummi, neue Fahrradlaufdecken.
Vechta. G. Rolfs,
Tel. 28. Fahrradfabrik.

Lüsch.
Geflügel- und Kaninchenabnahme
am Freitag, dem 14. d. M., von 2-4 Uhr bei
Wirt Meyer.
Thoben, Vestrup.

Immobil-Verkauf.
Unter meiner Nachweisung ist eine gute 10 Hektar große
Landstelle
mit einem neuen, massiven, geräumigen Wohnhaus exist. auch zum sofortigen Antritt zu kaufen. Der Ankauf kann auch mit dem vorhandenen Inventar und der 3 Hektar besetzten Roggenfrucht erfolgen.
Kaufinteressenten erhalten von mir nähere Auskunft und wollen sich bald bei mir melden.
Cloppenburg. Johannes Buntin,
Rechnungssteller.

Verkauf eines Viehstalles in Bahren.
Pächter Franz Bröding in Stapelsfeld läßt am **Donnerstag, dem 13. Februar,** nachmittags pünktlich 1 Uhr, auf der von ihm angekauften Ubel'schen Landstelle in Bahren
einen 15 Meter langen und 9 Meter breiten Viehstall, schweres Eichenständer mit Dachziegel, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist zum Abbruch verkaufen.
Käufer ladet freundlich ein
Cloppenburg. Johannes Buntin,
Rechnungssteller.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, heute nachmittags 2 Uhr unsern lieben Sohn und Bruder
August Kolbeck
zu sich in den Himmel zu nehmen. Er starb nach kurzer, heftiger Krankheit im zarten Alter von 4 Jahren.
Im Namen der trauernden Angehörigen:
Famille S. Kolbeck.
Ehrendorf b. Lohne, den 10. Februar 1919.
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 13. Februar, morgens 10 Uhr in Lohne.

Herren-Bekleidung
Anzüge Loden-Mäntel
Paletots Loden-Joppen
Hosen Gummimäntel
Westen Arbeitszeug
Nur allerbeste Qualitäten.
M. Schulmann,
38 Achrtr. nstr. Oldenburg, Achrtr. nstr. 38.

Zentrums-Versammlung
am Donnerstag abend 6 Uhr
im **Hotel Bitter - Lohne.**
Redner: Herr Böhme, Hannover.
Nach dem Vortrage freie Ansprache.
Alle Wähler und Wählerinnen der Stadt- und Landgemeinde sind freundlichst eingeladen.
Lohne, den 10. Februar 1919.
Der Vorstand.

große Zentrums-Versammlung
im Saale des Herrn W. Meißnermann in **Bakum.**
Redner: Herr Arthur Klafke aus Wilhelmshaven. Es ladet zu zahlreichem Besuche ein
Der Vorsitzende des Gemeindeausschusses.

Kriegsanleihe
zu günstigen Kurse gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter U. D. 433 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Bakum.
Geflügel- und Kaninchen-Abnahme
in Bakum am Donnerstag, dem 13. Februar, von 1-4 Uhr bei Wirt S. Vögeberg.
Vechta. Franz Suerdied.

Zur Frühjahrs-Bestellung
empfehle
Caafaler, Etvoles Eier, 1. Absatz, anerkannt von der D. L. G. und Goldregenbäcker von Caabauhelle Fr. Meyer zu Solte,
Sommerweizen, Straußes roter Schlanfleder, anerkannt von der D. L. G.
Sommergerste, Feines Gamma, anerkannt von der D. L. G.
Sommererbsen, Mahldorfer frühe gelbe Vikoria, anerkannt von der D. L. G.
Lerchshärlöffeln, Mederens Indusixie, anerkannt von der D. L. G.
Frühjahrskaffee, frühe Kaisertrone, anerkannt von der D. L. G.
Damme i. D. J. J. Veiber.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, heute morgen meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Schwiegervater und Großvater, den
Eigner Heinrich Burhorst,
Veteran von 1870/71,
nach kurzer, heftiger Krankheit, aber wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und gehärtet durch den Empfang der heil. Eucharistie, am 7. Lebensjahre zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.
Die Seele des teuren Verstorbenen wird dem Gebete der Verwandten, Bekannten und Kameraden empfohlen.
Die trauernden Angehörigen
Hausstelle und amerikanische Gefangenschaft, den 10. Februar 1919.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 14. Februar, vorm. 10 Uhr in Vestrup.

Wildfelle!
Da Felle augenblicklich im Preise gestiegen, zahle ich bis auf weiteres für prima große Winterfelle
Füchse bis 80 Mk.
Otter - 200
Mitis - 25
Marder - 80
Vechta. W. Schulte,
Rüschnermeister.

Brennholz,
auf Ofenlänge abgesehen, trocken, 1 1/2 alt, liefert waggungsweise u. in kleinen Posten, auch franco Haus
Sojel Warking,
Vechta.

Wichtig! Haare!
Kaufe jeden Posten ausgekämmter Frauenhaare, sowie Ankerung aus selbigem Haar von Zöpfen, Perücken, Unterlagen u. Haarretzen zu ermäßigten Preisen.
Friseur Hubert Lüske,
Dinklage, Neuhaud 24.

Wildfelle !!
Sahle für beste Füchse 70 Mk., Mitis 20 Mk., Marder 70 Mk., Otter 180 Mk.
Vechta. G. W. W.
Habe einen neuen ledernen
Wafelbälg
zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Bl.
Größeren Posten
Kaff,
zur Wiefendängung,
Chloralkalium
(53%)
ab Lager Schneiderberg sofort abzugeben, solange der Vorrat reicht.
D. Schröder,
Schneiderberg.

Vechta.
Burgstraße 11
Reparatur-Werkstatt
für alle Arten
Wald-, Weck- u. Taschenuhren.
Habe 1 Ladung
Muscheln
erhalten und gebe dieselben billig ab. Jede mit mitzubringen.
Fatum. G. Fehmman.

Kaufe
ständig
Kaninchen und Geflügel und zahle für Kaninchen das Pfund 3,25 Mark, Geflügel 4,75-5.- Mk.
Vechta. Aug. Coors,
Rathenbollerstr.
Telefon 43.
Ein Bienenker für Frauen
Grünsohl,
Cuppenburgerstraße 46.
1 Paar neue, rindled.
Schuh
Größe 42-44) und ein Paar, 9 Meter lang, 3 Zentimeter stark, zu verkaufen. Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle dieses Bl.
Zu verkaufen ein
Kaufwagen u. eine hölzerne Rappgege
Sojel Willenborg, Petersburg bei Vechta.
Habe ein gutes jähriges
Stutpferd
(von Augen) zu verkaufen.
Jeller
M. Niederding Wm.,
Harme bei Bakum.

Für Landwirte!
Empfehle viele Groß- und Kleintiere, Melk-, mehrere Räder, Wägen, Hausfalterin.
Fris Dieberich,
getrieben. Stellenvermitt.
Bremen, Fomstraße 42.
Suche zu Was einen
Knecht
im Alter von 18 bis 20 Jahren, der schon etwas mit landwirtschaftl. Arbeiten vertraut ist, gegen guten Lohn. Nachprüfung beim
Landesarbeitsnachweis,
Geschäftsstelle Vechta i. D.
Suche auf sofort noch
2 Geffellen
auf Möbelsarbeit. Gute Beschäftigung.
Landesarbeitsnachweis,
Geschäftsstelle Vechta i. D.
Ein 17jähriger Junge vom Lande, der schon in der Landwirtschaft beschäftigt ist, sucht zu Was passende
Stellung.
Landesarbeitsnachweis,
Geschäftsstelle Vechta i. D.

Kath. Verwalter
in leitender Stellung, welcher selbst mitarbeitet und mit allen landw. Maschinen bestens vertraut ist, sucht Stellung, am liebsten bei der Waim noch fehl. W
Landesarbeitsnachweis,
Geschäftsstelle Vechta.
Gesucht auf sofort e tüchtiger, solider
Schuhmachergeselle
für gute Arbeit u. bew. ernde Beschäftigung.
Landesarbeitsnachweis,
Geschäftsstelle Vechta.
Suche für Wildbesorger und Umg. einen
tüchtigen Aufkäufer
für Vieh, Ferkel usw.
S. Schröder, Westphalen,
Erfahrenes Inhabers
Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit in Vechta sofort oder später gegen guten Lohn gesucht.
Landesarbeitsnachweis,
Geschäftsstelle Vechta i. D.
Gesucht zum 1. März nach Essen-Mülte ein erf. fahrendes, tüchtiges, selbstständiges
Rüchennädchen,
welches Canarbeit übernimmt und in Vertiefung häuslich war.
Landesarbeitsnachweis,
Geschäftsstelle Vechta.

Heirats-Gesuch.
Altenstehender Kaufmann, 34 Jahre alt, laib, Inhaber eines gutgehenden Manufakturwaren-Geschäfts mit 1. Rande, mit neuerdigen, zweifelhaftem Wohlstand, nebst Garten und Vermögen, sucht die Veranlassung einer häuslichen anschriftlich. Dame nicht unter 23 Jahre, aus ähnlichen Verhältnissen, die besonders Interesse fürs Geschäft hat. Größtgemalte Angebote mit Bild und Angabe der Verhältnisse mit. Z. 912 an die Geschäftsstelle d. Bl. erdosen.
Stadt Rarion.
Maria Lehmkuhl
Anton Vailo
Verlobte.
Osterheide b. Damme
Schwege b. Hunteburg
den 10. Februar 1919.

Von dem oldenburgischen Münsterlande.

Wesha, 11. Febr.

Eine Jentrammungsversammlung findet hier am Donnerstag abend 8 Uhr im Schöferschen Saale statt, wozu alle Wähler und Wählerinnen, auch Militärpersonen, eingeladen werden. Als Redner ist Herr Schlossermeister Ralfhe-Rüstingen gewonnen, der aus der Agitation zur Nationalwahl vortrefflich bekannt geworden ist. Möglicherweise kann noch ein zweiter auswärtiger Redner gewonnen werden.

Der hiesige Arbeiterverein hat am Sonntag seine Generalversammlung in Niehörs Lokal ab, die ziemlich gut besucht war. Nach dem Bericht über die Tätigkeit des Vereins in den verflochtenen Kriegsjahren sind 2575 Mk. an Unterstützung, Kriegsgeldern usw. außer den Kosten vorausgeholt. Die Vereinigung des Arbeitervereins mit dem Verein der Kriegsteilnehmer konnte noch kein Einfluß herbeiführen werden; infolgedessen mußten auch die Wahlen bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Es handelte sich nur um eine Frage, und es wäre sehr bedauerlich, wenn dadurch die Vereinigung nicht zustande käme. Es wurden verschiedene Anträge über den Kriegsteilnehmerentwurf gestellt. Der Vorsitzende, Hauptlehrer Denis, als Kassierführer des Kriegsteilnehmerentwurfes erklärte sich bereit, in der nächsten Vereinsversammlung sämtliche diesbezüglichen Fragen in einem Vortrage zu beantworten. Ferner wurde beschlossen, die Veteranen des Vereins zu Ehrenmitgliedern zu ernennen; sie behalten dann die Rechte der Vereinsmitglieder und sind von den Pflichten derselben entbunden. Dem Verein freu zu bleiben und einig zu sein. Nach Absingen von Einigkeit und Recht und Freiheit wurde die Versammlung geschlossen.

Abschiebesprengel für ausländische kirchliche Geste und pflanzliche Oele und Fette. Infolge der Überlieferung der Geschäfte der Zentral-Einkaufsgesellschaft an die einzelnen Reichsteile ist nunmehr der gesamte Einkauf und die Einfuhr von kirchlichen Fetten durch Verordnung des Staatssekretärs des Reichsernährungsamts der Reichsteile für Speisefette übertragen worden.

Erträgliches vom Oldenburger Soldatenrat berichtet man der „Weserztg.“ wie folgt: „Der Soldatenrat von D. behältigte bisher 27 selbständige Delegierten, von denen jeder die tägliche Zulage von 20 M. erhielt. Durch Armeeverordnungsblatt 1919 Nr. 85 S. 7-8 wurde jedoch die Zahl der Delegierten mit derartigen Besetzung für Garnisonen auf 5 festgesetzt. Als der Soldatenrat von D. der zum Gehörempfänger dem Hauptstabsarzt-Batt. 25 zugewiesen ist, von dem Hauptmeister von der Neuregelung Kenntnis erhielt, äußerte der 1. Delegierte Heß folgende, daß im Falle des Geb. mit Gewalt geholt werden würde. Da eine Anfrage beim Zentralrat in Hannover abschlägig beschieden wurde, kam das Vorhaben am Sonntag, 2. Febr., wirklich zur Ausführung. Zunächst begaben sich einige Mitglieder des S.-Rates nach der Wache, wo die Kasse des Bataillons vermauert war, und forderten den Wachtmeister auf die Beschlüsse an, den Kassenkasten herauszugeben. Da dieser jedoch den Schlüssel zum Verwahrungsorte nicht in Händen hatte, erbrachen sie das Vorhängeschloß mit einem Feuerbatter und schafften dann die Kasse nach ihrem Geschloßzimmer. Darauf wurden der Hauptmeister und der Kassenoffizier im Auto betäubt und unter Androhung von Gewalt gezwungen, die Kasse zu öffnen und 4000 M. herauszugeben. Allerdings war man großzügig genug auf genaue Abklärung des Geldes geringen Wert zu legen, und man stellte auch, da es alles in der Ordnung zugehen sollte, eine Quittung über das empfangene Geld aus.“ Die „N. f. St. u. L.“ haben beim Soldatenrat der Sache nachgeforscht und mit der Antwort auf heute veröffentlicht worden. Auf letztere darf man gespannt sein.

00 Lohne, 10. Febr. Am Donnerstag abend (siehe Anzeigen) findet im Hotel Witter eine Wahlversammlung statt. Herr Böhmke-Sannover, ein als tüchtiger Redner bekannter Herr, wird über die drohenden Gefahren der Gegenwart und unsere Aufgaben sprechen. Hoffentlich wird es ein volles Haus finden. Auf zur Versammlung!

Waham, 11. Febr. Auf Anregung des Jentrammungsbüreaus findet hier morgen (Mittwoch, den 12. Februar) 8 Uhr eine große Jentrammung im Saale des Herrn Weisheitmann statt. Männer und Frauen sind freundlich eingeladen. Der Kandidat der Jentrammungskasse Herr Arthur A. Sch. wird den Vortrag halten.

* Ausfälle, 10. Febr. Gestern stakelten unsere Delegierten, Herr Jeller Badermann und Herr Lehrer Kallge-Wesrup hier bei der Wahl ab dem Vertretertag des Landesauschusses in Oldenburg. Herr Kallge verstand es, den Anwesenden klar zu machen, wie die Jentrammungskandidaten zu Recht aufgestellt seien und welche Gründe die Cloppenburg Cisse, die Cisse Döbelmann, entfielen ist. Es wurde insbesondere handgreiflich dargelegt, daß die Gründe, die zu ihrer Aufstellung geführt hätten, nicht stichhaltig seien. So daß hoffentlich noch ein Verzicht auf diese von der oppositionellen Seite zu erwarten ist. Sollte dieses nicht der Fall sein, so würde wohl an erster Stelle der Vertreter der wichtigsten Frage — der Schulfrage — nicht gewahrt werden und die Arbeit ihrer Wählerzahl der Verklammerung bereits gefährdet, daß die Schulfrage von den anderen Kandidaten wohl verteidigt werden könne. Allgemein war man über der Ansicht, daß man in dieser Frage unbedingt einen

schmämmlichen Kandidaten gegen die aufstrebende reider Stelle im Vorben aufgestellten Schulmänner, die die Religion aus der Schule verbannen wollen, haben müßte. Man behauptete auch, daß man doch in jedem Kampf den das Terrain an besten kennenden Führer schickte, und daß es sich doch sehr sonderbar ausnehmen würde, wenn gerade wir Katholiken, die wir doch mit dieser so wichtigen Frage sozusagen leben und sterben, gleichsam nur einen Ersthmann für diesen wichtigen Feldherrnposten aufbrächten. Gewiß würde man dann auch wieder von der Rücksichtbarkeit der Münsterländer sprechen, und man könnte nicht einmal hören, mit Unrecht.

0 Langförden, 11. Febr. Alle Gemeindeangehörigen werden dringend gebeten, das heutige Interat zu beachten. Es ist Pflicht jedes Einzelnen, sich an der so dringenden notwendigen Vereinigung aller Landwirte und verwandten Berufe zu beteiligen. Es ist geplant, in jeder Bauerschaft einen Werbeauschuß von Vertrauensmännern, bestehend aus drei Mitgliedern und zwar einem größeren, einem kleineren Landwirt und einem Bauern mit Einfluß von Handwerkern oder sonstigen Berufen zu wählen. Darum ist es sehr erwünscht, daß sich familiäre Bauerschaften zuge beteiligen.

0 Wesha, 10. Febr. Lehrerin Götting, zur Zeit in Neuenkirchen, ist am 15. Februar mit der Verwaltung der Unterklasse der Schule in Norddöhlen beauftragt worden. Bislang unterrichtete der Hauptlehrer Künler beide Klassen der Schule in Norddöhlen.

0 Cloppenburg, 10. Febr. Der Bericht der Münsterl. Lagezeitung in Nr. 32 über die „Landesversammlungswahl“ entspricht nicht in jeder Weise den Tatsachen und ist geeignet eine falsche Auffassung über die Ansicht der Teilnehmer in der Wahlangelegenheit zu erwecken. Wohl war ein großer Teil, besonders jüngere Landwirte, für Aufstellung einer neuen Liste, aber ruhig denkende ältere Herren fragten sich nicht mit Unrecht, was die Gegner denn eigentlich wollten. Die Vorschlüge neuer Kandidaten kamen so plötzlich und wahllos, daß man sich fragen muß, ob diese Herren auch wohl die Wichtigkeit und Aufgaben der Abgeordneten in dieser Zeit genügend gewürdigt haben. Herrn Döbelmann, dem Leiter dieser Versammlung, kann man es gewiß nicht verargen, wenn ihm die 12. Stelle in der ersten Liste nicht genügt, da er sich für ihn eine aussichtsreichere Stelle wünschten, betrachtet kann. Wenn aber deshalb die erste Liste, die nach reichlicher Überlegung von Vertretern aus allen Gemeinden aufgestellt und drei Arbeitervertreter Gante, Willenborg und Ralfhe in Nr. 4, 5 und 8, also an aussichtsreicher Stelle aufstellt, einfach umgehoben ist, wogegen die neue Liste den dritten Arbeitervertreter erst an 9. Stelle ansetzt, so sind die Arbeiterinteressen durch die neue Liste sicherlich nicht besser gewahrt als durch die erste. Wenn aber stattdessen der bewährten und anerkannt tüchtigen Kandidaten der ersten Liste mit einer Ausnahme Neulinge aufgestellt wurden, die in der parlamentarischen Tätigkeit noch gänzlich unbekannt sind, so ist das auch im Interesse der Leistungsfähigkeit in der Partei außerordentlich zu bedauern. Eine Spaltung in Jentrammungskreisen kann nur unseren Gegnern zu Gute kommen. Es befaßt wenig, wenn 12 Döbelmann herbeiführt, daß man gute Jentrammungskandidaten bleiben und die beiden ersten Verbindungen nicht nicht bedämpfen wolle. Ich die Aufstellung einer neuen Liste ist ein Kampf gegen die erste und vielleicht überflüssig der Anfang zu einer verwerflichen Spaltung, die im Interesse der Sache durchaus vermieden werden muß. Aus den großen Gemeinden Sojane, Steinfeld, Damm, mit zahlreichen Arbeitern war keine Vertreter erschienen. Es ist nicht annehmbar, daß diese die neue Liste anerkennen werden. Wir zweifeln nicht daran, daß hier mit der Aufstellung einer neuen Liste ein Fehler gemacht ist, wie das am Schluß der Versammlung auch unumwunden zum Ausdruck kam und daß die erste Liste die Zustimmung der großen Wählermasse auf sich vereinigen wird. Zur Eingetragte macht klar.

0 Cloppenburg, 10. Febr. Der vom Kreisdienst entlassene Lehrer B. Sch. in Scharrel ist zum 15. Februar mit der Vertretung des in Kriegsgefangenschaft sich befindenden Hauptlehrers Adolfs-Stadsholte in Weersfeld beauftragt worden. Zur Zeit wird diese Schule noch von dem Hauptlehrer Sommer in Thüle mit verwaltet.

0 Cloppenburg, 10. Febr. Lehrerin Anna Dapper aus Jamleben bei Soesfeld ist zum 15. Februar mit der Verwaltung der Unterklasse der Schule in Wesha beauftragt worden. Lehrer Stulenborg verwaltete bislang beide Klassen der Schule in Wesha.

0 Scharrel, 10. Febr. Mit der Verwaltung der Unterklasse in Scharrel ist bis zum 15. Febr. die Lehrerin Delewe aus Papenburg beauftragt worden. Hauptlehrer Schrad in Scharrel ist zum gleichen Tage von der Verwaltung dieser Klasse entbunden.

0 Garrel, 7. Febr. In der westf. Bauernvereinsversammlung hielt gestern Herr Ober-Jurpeter Schlatmann 2 Vorträge. In dem 1. sprach er über die Aufgabe der jetzigen Zeit; im 2. über Steuerangelegenheiten; hierüber in einer folgenden Nummer). Die Nacht anferes Vaterlandes wurde geschwächt und brach endlich zusammen durch die Verleumdung von seinen Feinden, Ermüdung des Heeres mit seinen Hilfsländern in Verbindung mit der Furcht vor einem künftigen Kriegsmisere, durch Überforderung eigener Kraft und Unterdrückung des Feindes. Bei der allgemeinen Erkenntnis von der Zwecklosigkeit

weiterer Kämpfe konnte eine kleine Gruppe die Zustände von heute schaffen. Redner: Dem gesamten Volk bleibt die Revolution eine dringende Aufgabe, auch für den Bauernstand. Der erwünschte demokratische Staat war schon vor der Revolution auf gutem Wege und fähiggestellt in nicht ersprießlicherer Form für das Gelingen des Vaterlandes als heute. Die heutige Regierung bringt alle Stände, besonders den Bauernstand an den Rand des Verderbens. Wir müssen darum tatkräftig bei allen Weihen, die dieses Jahr bringt, für eine bürgerliche Mehrheit eintreten. Die Regierung von der Straße ruiniert den Bauernstand; ihre einzige Leistung ist die Verschwendung von Staatsvermögen, natürlich auf unsere Kosten; im Übrigen steht sie allen Aufgaben, ratlos gegenüber. Er begründete alsdann die Notwendigkeit einer bürgerlichen Mehrheit mit echt christlichem Geiste. Im Interesse des Bauernstandes müsse der Staat christlich sein. Auch die Verbindung von Kirche und Staat diene infolge ihrer gegenseitigen notwendigen Unterstützung dem Wohle der Gesamtheit. Für die Schulen ferner wies er die Notwendigkeit des Zornes bezüglich Religionsunterricht auf festher und breiter Grundlage für eine gute Zukunft des Bauernstandes nach. Religion ist aber hierfür keine Voraussetzung. Der sozialdemokratische Geist mit Verfechtung der Religion und ihren Folgen fürs praktische Leben unterdrückt den Geist und die Gelinnung, auf die das Fortkommen des gesamten Bauernstandes beruht. Eine christl. hochschulische Schule ist darum eine unentbehrliche Forderung. Das kommt auch für die Weihen zur Landesversammlung in Frage. Die Landesversammlung ist nur von kurzer Dauer; einige Wochen denn kommen die Landtagswahlen. Die erste Versammlung, wozu wir am 23. Februar unsere Abgeordneten wählen, hat dem Oldenburger Staate nur eine Verfassung zu geben, nur ein Staatsgrundgesetz zu bilden; nichts anderes. Darum nur tüchtige Männer hinein, und zwar müssen wir eine christliche Mehrheit erstreben mit Hilfe der Katholiken und der gläubig evangelischen Mitbürger. Diese Mehrheit brauchen wir um so dringender, weil die Sozialdemokraten sich einen ungerechten Eingriff in das Privatvermögen erlauben. Redner bewies dies durch Erörterung der Fragen: Einziehung von Bauernvermögen, Erbschaftsteuer, Schenksteuer und Erbschaftsteuer. Er wies nach dem Willen der Sozialdemokraten, so ist der Bauernstand verloren. Der Bauernstand muß erhalten bleiben. Welche Steuern zu zahlen, und wünscht, daß für alle Stände, Arbeiter und Beamte, die ihre Pflicht tun, gut gefordert wird; andererseits fordert er aber auch, daß die Lebensinteressen seines Standes gefördert werden zum Wohle aller Staatsbürger. Redner schloß mit einem warmen Appell, jetzt, auch bei der Wahl am 23. Februar, einzutreten für eine christlich-bürgerliche Mehrheit, die den Schicksal des Bauernstandes bildet.

0 Hemmelte, 10. Febr. Vor einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung des hiesigen Landw. Vereins hielt gestern abend Herr Prof. Dr. Popp einen sehr belehrenden Vortrag über Frühjahrsdüngung. Einleitend hob er hervor, daß der Belieferung mit künstlichen Düngemitteln augenblicklich große Schwierigkeiten entgegenstehen, weil letzterer nicht in genügender Menge zur Verfügung steht. Schornstein und Phosphorsäure seien einseitig nicht genügend; so daß die notwendigen Befestlungen erst jetzt zum Teil befristet werden könnten. Für die diesjährige Ernte kämen die jetzigen Aufträge überhaupt nicht mehr in Betracht. Es empfahl sich daher, schon jetzt Befestlungen für das folgende Jahr einzureichen. Deshalb sei die kommende Ernte vorwiegend die schlechteste der letzten Kriegsjahre. Am wichtigsten sei es, die vorhandenen natürlichen Düngemittel zu konservieren und auszunutzen und durch Kompost dem Boden die erforderlichen Nährmittel zuzuführen. Bei dem schlechten Stand der Volksernährung, die kaum die Hälfte des erforderlichen anmacht, müsse der Landwirt seine ganze Kraft auf die Erhöhung der Erträge verwenden. Auch die fremden Futtermittel, die sonst herbeikommen, fehlten und müßten ersetzt werden. In dem Ende empfahl er den Anbau von Sero-dalle, der in getrocknetem Zustande des der Kartoffel als Futtermittel und Futtermittel fehlende Element am besten ersetze. Die von verschiedenen Gattungen vorerhaltenen Anträge boomtorte der Redner in herkömmlicher und erlösender Weise, so daß die Zuhörer in jeder Weise befristet wurden. Eine unterirdische Liste für Erhaltung der deutschen Kolonien fand zahlreiche Unterstufen. — In der vorerigen Woche wurden an zwei Stellen nördliche C. n. r. e. verifiziert und Nachharnen in beträchtlicher Menge geflohen. Die Diebe, Sammler aus dem Industriegebiet, wurden verhaftet und den Verbohlen ihre Vorräte wieder zugefellt.

0 Wildeshausen, 10. Febr. Lehrer Wolting aus Calveke, bislang Lehrer an der kath. Volksschule in Delmenhorst, ist zum 1. Febr. mit der Verwaltung einer Lehrstelle an der Taubstummenanstalt in Wildeshausen beauftragt worden.

0 Wildeshausen, 10. Febr. Lehrer Wolting aus Calveke, bislang Lehrer an der kath. Volksschule in Delmenhorst, ist zum 1. Febr. mit der Verwaltung einer Lehrstelle an der Taubstummenanstalt in Wildeshausen beauftragt worden.

0 Wildeshausen, 10. Febr. Lehrer Wolting aus Calveke, bislang Lehrer an der kath. Volksschule in Delmenhorst, ist zum 1. Febr. mit der Verwaltung einer Lehrstelle an der Taubstummenanstalt in Wildeshausen beauftragt worden.

0 Wildeshausen, 10. Febr. Lehrer Wolting aus Calveke, bislang Lehrer an der kath. Volksschule in Delmenhorst, ist zum 1. Febr. mit der Verwaltung einer Lehrstelle an der Taubstummenanstalt in Wildeshausen beauftragt worden.

0 Wildeshausen, 10. Febr. Lehrer Wolting aus Calveke, bislang Lehrer an der kath. Volksschule in Delmenhorst, ist zum 1. Febr. mit der Verwaltung einer Lehrstelle an der Taubstummenanstalt in Wildeshausen beauftragt worden.

0 Wildeshausen, 10. Febr. Lehrer Wolting aus Calveke, bislang Lehrer an der kath. Volksschule in Delmenhorst, ist zum 1. Febr. mit der Verwaltung einer Lehrstelle an der Taubstummenanstalt in Wildeshausen beauftragt worden.

0 Wildeshausen, 10. Febr. Lehrer Wolting aus Calveke, bislang Lehrer an der kath. Volksschule in Delmenhorst, ist zum 1. Febr. mit der Verwaltung einer Lehrstelle an der Taubstummenanstalt in Wildeshausen beauftragt worden.

lenen einen breiten Raum ein. Dann hielt Herr S. an die Jesuiten. Er schilderte den Ernst der Zeit und die sich aus der Gegenwart ergebenden neuen Aufgaben für den Arbeiterverein und richtete einen warmen Appell an alle Vereinsmitglieder, gerade jetzt wieder freu zum Verein zu halten, ferner an die dem Verein noch fernstehenden, ungefähr dem Verein beizutreten und mitzuwirken an den großen Aufgaben unserer Zeit. Reicher Beifall lohnte die treffenden Ausführungen des Redners. Sodann kam auch die weitere Seite des Programms zur Geltung. Unter den Aufzählenden zeichneten sich besonders Mitglieder des Jungbauernvereins aus durch Aufzählung eines Luftpfeils; ferner Herr Nigri durch mehrere ausgezeichnete zum Vortrag gedruckte Lieder zur Laute. Man sah an dem Gebotenen, daß der Vorstand alles tat, um seinen Mitgliedern den Verein wieder lieb und wert zu machen.

(-) Diebstähle im Eisenbahnbetrieb. Eine unangenehme Ueberladung wurde einigen hiesigen Spirituogeschäften zuteil, für die von auswärts eine gemeinsame Sendung von Kognak anwesend war. Kognak ist wie alle Spirituosen augenblicklich eine sehr rare Ware; die schon beinahe unerlässlich, aber sehr viel begehrt ist und mit Preisen von 40-50 Mk. das Liter bezahlt wird. Als die erwartete Sendung hier angelangt kam, stellte sich heraus, daß sie um 20 Fässer à 50 Fässchen, d. h. 1000 Fässchen, beschohen war. Der Kognak hatte also auf dem Transport von der Abgangstation nach hier andere Liebhaber gefunden als die, für die er bestimmt war, die ihren Wert daher um etwa 30 000 Mk. vermindert haben.

(-) Durchgehende Arbeitszeit. Dem Vernehmen nach schieben augenblicklich Verhandlungen darüber, ob es zweckmäßig ist, bei den oldenburgischen Behörden die durchgehende Arbeitszeit einzuführen, um Brennmaterial usw. zu sparen. Gegenwärtig besteht bei fast sämtlichen Behörden eine Mittagspause von zwei Stunden. Zentralheizungen und Ofen müssen während dieser Zeit in Gang bleiben, so daß ganz erhebliche Mengen an Brennmaterial nutzlos verbrannt werden. Hier wäre noch eine Gelegenheit, erhebliche Ersparnisse zu erzielen. Zudem liegt eine Verminderung des Verbrauchs an Feuerungsmaterial auch insofern sehr im Interesse der Allgemeinheit, als die Vorräte überall außerordentlich knapp sind. Hunderte von Familien würden mit den Mengen verdrängt werden können, die jetzt in den Mittagspausen bei den Behörden nutzlos verfeuert werden.

Der kath. Bürgerverein nimmt sein Vereinsleben wieder auf. Der erste Vereinsabend findet Dienstag 8 1/2 Uhr im „Kronprinz“ statt. Streik. Die Mitglieder der freigewerkschaftlichen wie des christlichen Schneiderverbandes sind in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber die geforderte Lohnverhöhung abgelehnt haben. Es ist zu erwarten, daß durch den Arbeiterrat oder dem Schlichtungsausschuß baldigst eine Einigung zu Stande kommt.

Das Theater dürfte, nachdem das Direktorium abgelehnt hat, es und die frühere Hofkapelle auf den Staat zu übernehmen, in den Besitz und die Verwaltung der Stadt übergeben. Es sind Verhandlungen im Gange zwischen der Stadtverwaltung und dem Landtage zmedes Leitung eines staatlichen Zuschusses. Der Staat verlangt eine zehnmonatige Spielzeit und Spielfeile im Lande. Schon im vorigen Jahre hat die damalige Generalintendantin Inting an das Ministerium und die Stadt gerichtet, eine Beihilfe in Form einer Ausfallsbürgschaft bis zu 50 000 Mk. zu übernehmen. Die Verhandlungen scheiterten aber daran, daß die Intendantin die genannten Bedingungen nicht annehmen zu dürfen glaubte. Die Stadt will sie aber erfüllen. Da aber ein aufgestellter Vorschlag beim Theater mit einem Gesamtaufschuß von 273 000 Mk. und bei der Kapelle von 99 220 Mk. rechnet, so verlangt sie einen jeßen jährlichen staatlichen Zuschuß von 100 000 Mk. und darüber hinaus die Uebernahme der Hälfte des jährlichen Fehlbetrages bis zu 100 000 Mk. auf den Staat.

Die Bewilligung der Kriegszuschüsse von monatlich 100 Mk. an die mit Arbeitsniederlegung drohenden Eisenbahner hat natürlich den Verband der Beamten-, Lehrer- und Staatsarbeitervereine veranlaßt, an das Landesdirektorium und den Landtag das Eruchen zu richten, nach dem Maße von Recht und Billigkeit eine solche Einkommensaufbesserung auf die übrigen Oldenburger Bediensteten auszuwenden. — Wir scheinen demnach im Gelde zu schwimmen.

Eine Nachfertigung hat das Direktorium an den Landtag gerichtet betreffs der unter dem Djanze der angeordneten Arbeitsniederlegung den Eisenbahnen bewilligten Gehaltszuschläge. Darin wird u. a. ausgeführt, daß die finanzielle Last jährlich mehr als 7 Millionen Mk. — das Land in letzter Linie nicht trifft, da sie mit den Eisenbahnen an das Reich übergehen wird, denn die Abgabe der Eisenbahnen ist mit Sicherheit zu erwarten. Es muß und kann abgewiesen werden, wenn die anderen oldenburgischen Beamten und Arbeiter den Anspruch auf gleiche Behandlung erheben, denn für das, was sie erhalten, muß das Oldenburger Land und tatsächlich der oldenburgische Steuerzahler aufkommen. Diese anderen Beamten haben bereits Eingaben an Regierung und Landtag gemacht.

Der deutsche Verein für Sanitätskunde nahm im Januar 2219 Mk. Beiträge ein, insgesamt bis zum 1. Februar 2341 185 Mk. Oldenburg, 10. Febr. Das Fest der Silbernen Hochzeit feierten die Eheleute Werkmeister Aug. Huber in vollkommen lieblicher und geistiger Frische. Herr Huber, ein bekannter

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 11. Febr.

Der kath. Arbeiterverein Oldenburg-Osternburg holte am Sonntag im „Kronprinz“ eine Begrüßungsfeier für seine heimgekehrten Mitglieder. Der Pfarrer, Herr Kaplan W. o. r. leitete die Feier ein durch eine warme Begrüßungsansprache an die Heimkehrer. In dieser nahm auch das Gedächtnis für die Gefal-

Sozialpolitiker und besonderer Freund unseres Blattes, ist allen Einwohnern Oldenburgs bekannt. Wir gratulieren herzlich und wünschen dem Jubelpaare noch lange Jahre ungetrübten Glückes.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Mühlhen, 11. Febr. 1919.

Der Artikel in Nr. 24 der angebl. w. Ge-richte über Mais- und Futtermittelunterlagen wurde wohl von den meisten h. Einwohnern als großartige Lieberlei angesehen, und somit man glauben, einer so gänglich halloßen Verdächtigung in der Desfestlichkeit nicht antworten zu brauchen. Da derselbe aber doch anscheinend, besonders auch auswärts, zu völlig falschen

Auffassungen geführt hat, sei darauf folgendes erwidert: Die von hiesigen Kindern, wie wohl allgemein bekannt, bei einem Landwirt in der Saugperiode gefundene Menge Mais beträgt im Ganzen die furchtbar große Menge von 2 Säcken mit zusammen noch nicht 150 Pfund Inhalt. Der betr. Landwirt wird jederzeit bereit sein, durch Zeugen zu beweisen, daß der Mais von der Maritimfarm erspart ist und daher frei von ihm vertrieben werden dürfte. Daß er denselben demnach „verfälscht“ hatte, um Scheererlöse und Auseinanderlegungen mit den im vorigen Sommer zu erwartenden revidierenden Soldaten aus dem Wege zu gehen, wird jeder verstehen können. Die gängliche Halloßigkeit und maßlose Lieberleiung des Artikels wegen dieser Sache leuchtet somit wohl jedem ein. Wenn der Artikelschreiber aber, wie es nach

dem ersten und letzten Satze den Anschein haben kann, durch die Sache den Konsumieren oder dieser Leiter verdächtigen will, so kann er sich, wenn er wirklich die von ihm erwünschte Mitarbeit haben will, nur an dem Genannten wenden. Derselbe wird ihm gerne nachweisen, seit wann Mais im freien Handel nicht zu haben und am Landwirth nicht veräußert werden konnte. Auch wird derselbe jedenfalls gerne bereit sein, ihm durch seine Bücher, sowie durch die vorhandenen Copien der ausgegangenen und vorliegenden eingegangenen Briefe und vorhandenen Duplikat-Probierbriefe ganz genau nachzuweisen, wie der von der Marine gelieferte Mais und die anderen Futtermittel verteilt werden sollten und auch verteilt sind. Auch wird er dort auf gleiche Weise erfahren können, wie der lange im Schuppen gelagerte, von der Marineverwaltung übrig gebliebene Rest Futtermittel gleich nach Beendigung der Mast an die Marine als den rechtmäßigen Eigentümer gemeldet wurde, und auf nach längerer Lagerzeit von der Marine erhaltener Verfügung an diese zurückgeliefert wurde.

Zur Veräußerung des Artikelschreibers kann noch gesagt werden, daß die Verteilung der Futtermittel von der Marine überwacht und von Beamten kontrolliert wurde, daß ferner der übrig gebliebene Rest Futtermittel damals polizeilich festgehalten wurde für die Marine, der Leiter der Verteilung also gar nicht in der Lage war, auch nur ein Pfund mehr für sich zu nehmen, noch an andere etwas davon abzugeben.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Decha Druck und Verlag; Beichtor Drucker und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Decha

Bekanntmachung

1. d. Obefiel des Generalkommandos VIII. A. A. (Reg.-Bez. Oldenburg, Aurich, Osnabrück). Es ist festgesetzt, daß sich die Kraftfahrzeuge, Bereifungen und Betriebsstoffe aus Heeresbeständen im Besitze von Privatpersonen befinden. Die schwierige wirtschaftliche Lage macht es zur unabwendbaren Pflicht, diese für die Versorgung der Allgemeinheit mit Lebensmitteln und Kohlen dringend notwendigen Verkehrsmittel den zuständigen Stellen wieder zuzuführen.

Es wird daher bestimmt, daß: 1. Alle Personen, die sich im Besitze von Kraftfahrzeugen, Bereifungen oder Betriebsstoffen aus Heeresbeständen befinden, haben diese unverzüglich dem nächsten Garnisonkommando zuzuführen und die erfolgte Übergabe dem Referenten für Kraftfahrwesen beim Generalkommando VIII. A. A., Osnabrück, Schloß, anzuzeigen. 2. Grundbesitzer, Hausbesitzer, Garagebesitzer und Automobilbesitzer, bei welchen Kraftfahrzeuge von Truppendeilen einseitlich oder in Reparatur gegeben sind, haben hieron gleichfalls unter genauer Angabe der Art des Wagens dem Referenten für Kraftfahrwesen beim Generalkommando VIII. A. A. Mitteilung zu machen. 3. Bislang sind Kraftfahrzeuge, Bereifungen und Betriebsstoffe aus Heeresbeständen für den Verkauf an Privatpersonen nicht freigegeben. Sowie solche Verkäufe von militärischen Dienststellen oder einzelnen Militär- oder Privatpersonen erfolgt sind, sind diese unangiltig. Solche Veräußerungsgeschäfte sind unangiltig, wenn dem Referenten für Kraftfahrwesen beim Generalkommando VIII. A. A. unter genauer Angabe derjenigen Dienststelle oder Benennung derjenigen Militär- oder Privatpersonen, von welcher das Fahrzeug verkauft ist, anzuzeigen. Sowie der Erwerb in diesem Sinne erfolgt war, soll die Rückübergabe des nachweislich gezahlten Kaufpreises erfolgen und später, wenn Kraftwagen, Bereifungen und Betriebsstoffe entbündelt geworden sind, auf Wunsch die Zumeilung gleichwertiger Stücke gegen Zahlung angemessener Kaufpreise erfolgen.

Alle Privatpersonen werden nachweislich einbringlich davor gewarnt, Heereskraftfahrzeuge zurückzugeben oder anzukaufen. Verstöße gegen die vorstehenden Bestimmungen ziehen strafrechtliche Verfolgung nach sich, insbesondere wird der bewußt unrechtl. Erwerb von Heeresgut als Hehlerei mit empfindlicher Gefängnisstrafe bestraft.

Das Generalkommando wird in den nächsten Tagen durch Patrouillen die genaue Durchführung der vorstehenden Anordnungen nachprüfen lassen. Die im Besitze eines Ausweises des Generalkommandos befindlichen Patrouillen sind zur Prüfung und Beschleunigung der nicht angemeldeten Kraftfahrzeuge, Bereifungen und Betriebsstoffe berechtigt.

Kraftfahrreferent beim Generalkommando VIII. A. A., Osnabrück, Schloß.

Für den Grenz- und Heimatschutz werden dringend im Kraftfahrzeugen erfahrene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften benötigt. Bedingungen: Verpflichtung für den Grenzschutz Ost, mobile Wohnung, Zulage M. 5.- pro Tag, freie Verpflegung und Unterbringung. Meldungen: a) für Offiziere schriftlich oder telegraphisch an die Inspektion der Kraftfahrtruppen Berlin W. 66, Mauerstr. 83/84, Abt. Ia. b) für Unteroffiziere und Mannschaften schriftlich oder persönlich an das Generalkommando VIII. A. A., Osnabrück im Schloß, Abteilung Kraftfahrwesen.

Generalkommando VIII. A. A. Abt. Kraft.

Bekanntmachung.

In unserer Generalversammlung am 6. Febr. wurde folgender Beschluß gefaßt: 1. Alle Inorganisierten im Berufe haben sich bis zum 1. März der Organisation anzuschließen. 2. Kollegen, welche denken, wieder im Berufe tätig zu sein, haben sich ebenfalls bis dahin zu melden. Lieber die weitere Tätigkeit der Inorganisierten wird alsdann eine Generalversammlung beschließen.

Zentralverband der Tabakarbeiter, Ortsgruppe Lohne. Der Vorstand.

Bakum.

Geflügel- und Kaninchenabnahme am Donnerstag, dem 13. d. M., von 9/1-1 Uhr am Bahnhof.

Thoben, Vestrup.

Bekanntmachung.

Für die Wahl zur verfassunggebenden oldenburgischen Landesversammlung sind im Amtsbezirk Decha die Stimmbezirke, die Wahlvorsteher, deren Stellvertreter und die Wahlräume dieselben wie bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung mit der einen Ausnahme, daß dem Stimmbezirk 10 - Gemeinde Balum - die Bauerhöfen Carum und Märchenhof als Stimmbezirk 23 abgetrennt wird. Zum Wahlvorsteher im Stimmbezirk 23 ist ernannt der Bezirksvorsteher Besse, Carum, und zu dessen Stellvertreter der Zeller Franz Hademöller, Märchenhof. Der Wahlraum befindet sich beim Kaufmann und Wirt J. H. Blömer, Carum. Die Neueinteilung des bisherigen Stimmbezirk 10 - Gemeinde Balum - erfolgt zugleich im Auftrage des Direktors.

Die Wahlen zur verfassunggebenden oldenburgischen Landesversammlung finden statt am Sonntag, dem 23. Februar 1919, von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags. J. B.: Oldendorf.

Immobil-Verkauf.

2. Auktion. Die Erben des verstorbenen Kaufmanns Hermann Koter in Cloppenburg lassen am Sonntag, dem 15. Febr. 1919, vormittags 10 1/2 Uhr

in der von Ambrüsen'schen Wirtschaft in Cloppenburg folgende im Einheitspreis, 3 km von Station Cloppenburg, belegene Grundfläche und zwar: 1. Fl. 22 Parz. 466/144 Weide u. Ackerland gr. 3,76,53 ha 2. Fl. 22 Parz. 31 Weide u. Ackerland gr. 1,66,42 ha 3. Fl. 22 Parz. 32 Weide u. Ackerland gr. 1,60,47 ha 4. Fl. 22 Parz. 449/33 Weide u. Ackerland gr. 1,60,46 ha 5. Fl. 22 Parz. 453/54 Ackerland gr. 3,28,12 ha, alle 5 zusammenliegend.

Öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Die Weide Parz. 466/144 liegt in nächster Nähe der unter Riffert 2-5 bezeichneten Postellen. Sämtliche Ländereien sind besser Bonität und befinden sich in gutem Kulturzustand. Ferner gelangen zum Auktion: 6 Fl. 18 Parz. 1838, hinter den Cloppenburgener Fuhren, am Gemeindegeweg nach Garrel 1 1/2 km von der Barrebuscher Haltestelle, groß 26,76,06 ha, davon 5,20,00 ha abgebranntes Launen (Sandboden) und 21,56,06 ha unutilisiert (Wiederbungsboden, vorzüglich für Weide geeignet).

Die Parzellen gelangen einzeln und zusammen zum Auktion. In diesem Auktion soll voraussichtlich der Zuschlag erteilt werden. Ein Teil der Kaufsumme kann gegen Hypothek stehen bleiben. Weitere Auskunft erteilt Kaufmann Anton Koter und Rechnungsführer Wilh. Baumhach in Cloppenburg. Kaufinteressenten laden freundlichst ein

Molbergen. Wesselman. Auktionator.

Inschließend an den Holzverkauf bei gr. Kroggmann siehe Gers in Frage am Montag, d. 17. Febr. d. J., lassen: der Eichenhof in Frage

60 Nummern Holzschuherten und mehrere Eichen

bis 60 cm Durchmesser u. ferner: Venus-Kroggmann in Frage

30 beste Fuhren

zu Ballen und Sparen und **20 Nummern Brennholz** mit verkaufen, wozu einladet **B. Zerhusen.**

Kautschuk-Stempel

liefert in kürzester Zeit **Dechaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H., Decha.**

Auftrag

an alle ehemaligen Angehörigen des Just.-Regts. 65 u. an alle entlassenen Feldpostboten!

Die Sicherheitskom. Just. Regts. 65 in Decha in Oldenburg stellt noch freiwillige Unteroffiziere und Mannschaften ein. Alle Unteroffiziere und Mannschaften erhalten eine Grundzulage von 30.- Mark u. eine tägliche Zulage von 5.- Mark, bis auch an Sonntagen und bei längerem, nicht länger als 14 Tage währendem Urlaub gezahlt wird. Verheiratete Unteroffiziere beziehen den Vermögenszuschuß für Familien weiter. Für gute Ausrüstung, Verpflegung und Bekleidung wird gesorgt. Die Freiwilligen verpflichten sich von 3 bis 3 Monaten durch Handschlag auf Schutz der Heimat (auch Grenzschutz), der Nationalversammlung und der Regierung. Die zahlreichen Meldungen für die Sicherheitsformationen zeigen, daß das Verständnis für die Not des Heimatlandes wächst.

Datum Freiwillige vor! Wer unter den genannten Bedingungen eintreten will, melde sich beim Just.-Regt. 65 in Decha i. Oldbg. gez. Koch, Oberleutnant u. Regts.-Führer. Soldatenrat.

15 M. Belohnung.

Entlaufen schwarzer Dohbermannhund, auf den Namen „Grell“ hörend. Der Hund ist mit einer fremden Feldgrauen Person in Nähe gesehen worden. Obige Belohnung demjenigen, der mit dem Hund zurückerlattet. Am Anstufst biitet **Wm. Gerh. Lübke, Widdrig bei Offen.**

Habe 1 mittelgroßes Pferd, 12 Jahre alt, fromm und gutgefit, in einem leichten, Weterwagen, 3000 Pfd. Tragkraft, bester Ruf- oder Einpännerwagen, zu verkaufen. **El. Nordmann, Widdrig bei Offen.**

Habe in Schneiderei am Sonntag, dem 16. Februar **mehrer tragende Queilen** zum Verkauf stehen. **Clemens Langemann.** Habe noch 3-4 **Ruffenpferde**, 1 Belgier, welche zum Kauf und Lauch unter voller Garantie bestens empfehle. Ebenfalls verkaufe ich die jährliche **Dunfelbr. Stute** Mutter „Embina“, Stütbuch Nr. 3143, fromm und sicher im Gesicht. **Carl Seebold, Goldenstedt.**

Zu verkaufen ein 70 bis 80 Pfundiges **Mutterfchwein.** Nachfragen in der Geschäftsstelle dieses Bl. **Großer Deutscher Schäferhund**, auf Namen Elgi hörend, Halsband mit Messingkern, entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung bei Joli Schumacher, Dintlage.

Habe 2 junge milchgebende **Rühe** preiswert zu verkaufen. Auktionsf. erteilt Franz Meyer, Damme. Habe eine tragende **Ruh** oder ein **Weiderind** zu verkaufen. **Käthe's Stutebedw., v. d. Moore.**

Achtung!

Zahle für **Raninchen bis 3.30 Mt., Hühne . . . 4.80 Mt., Enten . . . 5.00 Mt.,** pro Pfd. Lebendgewicht. **Frz. Suerdied, Vechn.**

Als ein Zeitdokument von weltgeschichtlicher Bedeutung

wird besonders der Jahrgang 1919 der „Allgemeinen Rundschau“ angeprochen werden. Alle christlich gesinnten Kreise und Familien, vor allem die gebildeten Katholiken und nicht zuletzt auch die sozialistische Frauenwelt, seien daher auf diese in ihrer hervorragenden Eigenart seit 15 Jahren bewährte politisch-kulturelle Zeitschrift als eine in dieser schwersten aller Zeiten so außerordentlich wichtige Ergänzung der Tagespresse nachdrücklich aufmerksam gemacht. Die „Allgemeine Rundschau“ lacht aus der Furcht der Tageszeitungen das Wesentliche, das Bleibende festzuhalten und zu verketten, indem sie das Grundständigste herausarbeitet und von höheren Gesichtspunkten aus Werte und Ziele weist. Mit ihrem bewährten trocknen Mitarbeiterstab aus allen Gebieten leistet sie wirklich positive, fruchtbringende Arbeit, und bietet jetzt, wo es für uns Deutsche gilt, ein neues Vaterland aufzubauen, den im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten ein reiches und wertvolles Material.

Der 16. Jahrgang der „Allgemeinen Rundschau“, Wochenchrift für Politik und Kultur, Begründer Dr. Armin Kaufen, hat am 1. Januar begonnen. Sowie der Vorrat reicht, werden die bereits erschienenen Nummern nachgeliefert. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 3.90 M. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen jederzeit entgegen. Wegen einer kostenfreien Probenummer wende man sich möglichst sofort an die Geschäftsstelle der „Allgemeinen Rundschau“ in München, Galeriestraße 35a Gb.

Se länger der Umsturz sich bemüht, dem Volke seine Macht aufzugeben, um so mehr sollen sich alle büchereichen Kreise um die dringlich gemachte Presse kümmern. Dieses Moment ergibt vor allem an die gebildeten Katholiken im ganzen Reich, die beispielsweise in der „Allgemeinen Rundschau“ ein glänzend erprobtes großes Organ besitzen, das ihre Interessen um so erschließbarer vertritt, je schwerer die Not der Zeit sich fühlbar macht.

Dreizehn Sagen aus der Gemeinde Bischof

Von Alwin Reineke. Zweites Lesebuch der „Dreizehn Sagen aus der Gemeinde Bischof.“ **Vochoater Druckerei u. Verlag, G. m. b. H., Vechna**

Verkauf einer schönen Landstelle mit Wohnhaus in Elisabethsteln

Johann Manning in Rekenfeld bei Elisabethsteln will wegen anderweitigen Ankaufs seine daselbst belegene Besitzung, bestehend aus **Wohnhaus** und **ca. 15 Hektar kultiv. Ländereien** durch den Unterzeichneten verkaufen lassen und ist hierzu Termin auf **Montag, 17. Februar 1919, nachm. 2 Uhr** in Holzkaufers Wirtschaft in Elisabethsteln angesetzt.

Die Besitzung liegt in einem Komplex am Elisabethsteler Kanal, der Boden ist sehr ertragreich. Das Wohnhaus ist neu, sehr geräumig und vollständig gebaut, gut und praktisch eingerichtet. Die Verkaufsbedingungen sind günstig; ein großer Teil des Kaufpreises will Verkäufer vergünstigt stehen lassen.

Der Auktions-Termin sofort oder nach Uebereinkunft erfolgen. Der für die Ländereien benötigte und vorhandene Kaufbündiger kann mit übernommen werden, auch Saathofe und Saatartoffeln. Kauflustige sind hiermit eingeladen. **Barzel, 4. Februar 1918.**

Wohnhaus

Der für die Ländereien benötigte und vorhandene Kaufbündiger kann mit übernommen werden, auch Saathofe und Saatartoffeln. Kauflustige sind hiermit eingeladen. **Barzel, 4. Februar 1918.**

Wohnhaus

Der für die Ländereien benötigte und vorhandene Kaufbündiger kann mit übernommen werden, auch Saathofe und Saatartoffeln. Kauflustige sind hiermit eingeladen. **Barzel, 4. Februar 1918.**